©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumentation

HANNS JÜRGEN KÜSTERS

KANZLER IN DER KRISE

Journalistenberichte über Adenauers Hintergrundgespräche zwischen Berlin-Ultimatum und Bundespräsidentenwahl 1959

Die Lage war schwieriger denn je nach Chruschtschows Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958[1] und dem sowjetischen Friedensvertrags-Vorschlag für Deutschland vom 10. Januar 1959[2]. In den folgenden Wochen und Monaten stand die Bundesregierung unter dem Druck der Westmächte, Stellung nehmen zu müssen zum weiteren taktischen Vorgehen in der Berlin- und Deutschlandfrage. Adenauers Überlegungen kreisten im Januar 1959 immer wieder um die gleichen Fragen: Sind freie Wahlen der einzige Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands? Ist es taktisch klug, jetzt die vom Westen geforderten Gegenvorschläge auf den Tisch zu legen? Wieweit ist es noch realistisch, die Wiedervereinigungsforderung an kontrollierte Abrüstungsschritte in Ost und West zu knüpfen? Wie steht es mit der Anerkennung der DDR und der Oder-Neiße-Linie? Wie würde die Öffentlichkeit auf ein leises Andeuten einer Atempause in der Wiedervereinigungsfrage – später als „Burgfriedens-Vorschlag" bekanntgeworden[3] – reagieren?

---

[1] Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe/Bd. 1, 1. Halbband (10. 11. 1958–31. 1. 1959), bearb. von Ernst Deuerlein/Hannelore Nathan, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Frankfurt/Main-Berlin 1971, S. 151–201.

[2] Wortlaut der Note und des Vertragsentwurfes ebenda, S. 537–577. Zu Adenauers Beurteilung vgl. seine Erinnerungen 1955–1959, 3. Auflage, Stuttgart 1982, S. 460 f. Weitere Hinweise bei Nikolaus Ehlert, Große Grusinische Nr. 17. Deutsche Botschaft in Moskau, Frankfurt/Main 1967, S. 241–252. Wilhelm G. Grewe, Deutsche Außenpolitik der Nachkriegszeit, Stuttgart 1960, S. 258–281. Hans Kroll, Lebenserinnerungen eines Botschafters, Köln 1967, S. 399 f. Neuere zusammenfassende Darstellung von Jens Hacker, Die rechtliche und politische Funktion eines Friedensvertrages mit Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/87, 12. 12. 1987, S. 3–18, insbes. S. 12–14.

[3] Erstmals fiel der Begriff während einer Unterredung zwischen Chruschtschow und dem Botschafter Bonns in Moskau, Kroll, am 18. 1. 1960. Vgl. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 448. Klaus Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik 1954–1963, Adenauer-Studien III, hrsg. von Rudolf Morsey/Konrad Repgen, Mainz 1974, S. 3–91, hier S. 57.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

I.

Was die Beurteilung der sowjetischen Zielsetzungen anbelangte, so zeigte sich Adenauer fest davon überzeugt: Der Kreml will das westdeutsche Industriepotential beherrschen, die weitere Integration Westeuropas verhindern, wird jedoch keine Gewalt dabei anwenden. Die Haltung der Westmächte stellte sich ihm dagegen als äußerst instabil dar, wie es überhaupt an der Geschlossenheit des Bündnisses mangelte. Washington würde lieber heute als morgen die zur Belastung gewordene deutsche Frage ad acta legen. Führende Vertreter des Senats sahen in außen- und sicherheitspolitischen Arrangements mit der Sowjetunion wichtigere Ziele amerikanischer Politik als in der Lösung des Deutschlandproblems. Premierminister Macmillan setzte mit seiner Unterstützung der Disengagementpolitik den Zusammenhalt des atlantischen Bündnisses unnötigen Belastungsproben aus. Außerdem schien dessen Moskau-Reise, ohne vorherige Abstimmung in der NATO und mit Blick auf die bevorstehenden Unterhaus-Wahlen geplant, dem Westen mehr Schaden als Nutzen einzubringen. Allein de Gaulle hielt unverändert an der Politik des Status quo in Berlin fest, war bereit, Adenauers Deutschlandpolitik weiter zu unterstützen.

In dieser Situation, darüber war sich Adenauer im klaren, stand kein Mitgefühl des Westens zu erwarten. Seine größte Sorge war, die USA könnten unüberlegt reagieren, geneigt sein, einen schnellen Ausgleich mit Moskau zu suchen, über die Köpfe der Europäer hinweg und zu deren Lasten. Selbst die Grundmaximen westlicher Einigungsphilosophie – Aufrechterhaltung der NATO und der europäischen Integration sowie die kontrollierte Abrüstung – sah Adenauer gefährdet. Wer konnte schon sagen, wie lange das Sicherheitsengagement der USA in Europa fortdauerte, was nach dem Jahr 1968 geschähe, falls der NATO-Vertrag nicht verlängert würde? Die NATO - so hatte es jedenfalls den Anschein – würde vielleicht kein Dogma bleiben, wenn sich die USA tatsächlich zu einer anderen Politik gegenüber den Europäern entschließen sollten. Zudem hatte Frankreich mit seinem Nein zur Europäischen Freihandelszone im November 1958 bereits einen Schritt hin zur handelspolitischen Spaltung Westeuropas zwischen EWG und EFTA getan.

Was also blieb übrig? Eine Ost-West-Konferenz, das vorrangige Ziel Chruschtschows, war unausweichlich. Allerdings müsse er, so argumentierte Adenauer, dafür einen politischen Preis zahlen in Form menschlicher Erleichterungen, vor allem in der DDR. Die Konferenz, wenn sie schon nicht zu verhindern war, sollte dann möglichst lange dauern und die Abrüstungsprobleme einbeziehen, um das direkte Interesse der beiden Supermächte an Verhandlungen zu steigern und die Ursache der Spannungen zu beseitigen. Kernfrage war: Auf welche Weise kann die Bundesrepublik für die USA weiterhin ein attraktiver Partner bleiben, sich künftig ihrer Sicherheitsgarantie vergewissern, wenn selbst deren Außenminister, John Foster Dulles, den Besitz von Nuklearwaffen für die Bundesrepublik unter bestimmten Voraussetzungen für denkbar hielt.

Adenauer fühlte sich von den Westmächten, vornehmlich von den Briten, unter Zugzwang gesetzt. Doch lehnte er eine Regelung der Deutschlandfrage „um jeden

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Preis" strikt ab. Ein „Diktatfrieden" kam für ihn nicht in Frage, auch wenn die Westmächte noch so drängen mochten. Die Position der Bundesregierung war offenbar wesentlich von Kanzleramts-Chef Globke formuliert worden. Der Globke-Plan[4] und die Aufzeichnungen Heinrich Krones[5] sind bislang die einzigen publizierten Belege dafür, daß Adenauer zu dieser Zeit in der Deutschlandfrage sehr viel flexibler dachte, als es der Öffentlichkeit damals bekannt wurde[6]. Die hier abgedruckten Journalisten-Berichte bestätigen, daß Hallstein-Doktrin, Alleinvertretungsanspruch und die Oder-Neiße-Linie für Adenauer keine unantastbaren Prinzipien bundesdeutscher Außenpolitik waren. Sehr wohl hat er schon Anfang 1959 die Anerkennung der DDR, der deutsch-polnischen Westgrenze und der Satellitenstaaten im Ostblock in Erwägung gezogen, wenn sich dafür konkrete Verbesserungen der Lebensumstände der Menschen im anderen Teil Deutschlands erreichen ließen. Damit ist aber noch nichts darüber ausgesagt, wie weit er im Falle von Verhandlungen wirklich zu gehen bereit war, was Gedankenspiel und was mögliche Verhandlungsoption, echter und akzeptierbarer Kompromiß war, wo für ihn die Grenze des Zumutbaren lag. Alles das läßt sich auch heute noch nicht exakt bestimmen. Adenauer hat sich wohl keinen Illusionen über die Chancen zu einer Wiedervereinigung Deutschlands hingegeben, selbst wenn er nach außen hin bei der Lösung der deutschen Frage unverrückbar an Grundpositionen festhielt.

Verschiedene Journalisten lassen daran auch keinen Zweifel. So stellte jüngst der ehemalige Bonner Korrespondent und spätere Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung", Fred Luchsinger, fest, er hätte „keinen Anhaltspunkt, um zu behaupten, Adenauer hätte die Wiedervereinigung für realisierbar gehalten. Sie ist Fernziel gewesen, das man nicht aus den Augen lassen durfte. Adenauer war zu pragmatisch, als daß er über die gegenwärtigen Umstände hinweggesehen hätte. Meine Antwort heißt schlicht: Ich kenne keine Vorstellungen von ihm zur praktischen Lösung der Deutschlandfrage unter den seinerzeit gegebenen Umständen."[7] Noch prägnanter die Einschätzung des langjährigen Nestors der Bonner Journalisten, Robert Strobel: „Adenauer hat mit der Wiedervereinigung Deutschlands in absehbarer Zeit nie gerechnet. Schon im Frühjahr 1946, als ihr andere, unter ihnen Jakob Kaiser, immer noch kurzfristige Prognosen stellten, warnte er vor solchem Optimismus. Hier müsse man mit den Zeitmaßen eines geschichtlichen Prozesses rechnen. ‚Die Russen stehen an der Elbe. Jetzt geht es vor allem darum, zu verhindern, daß sie weiter

[4] Der Globke-Plan zur Wiedervereinigung, Erste Fassung Anfang 1959, Fassung vom 17. November 1960, in: Adenauer-Studie III, S. 202–209.

[5] Heinrich Krone, Aufzeichnungen zur Deutschland- und Ostpolitik 1954–1969, in: ebenda, S. 134–201.

[6] Die immer noch detaillierteste Darstellung gibt Klaus Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 3–91. Grundsätzliche Auseinandersetzung mit diesen Quellen bei Hans-Peter Schwarz, Adenauers Wiedervereinigungspolitik. Zwischen nationalem Wollen und realpolitischem Zwang, in: Die politische Meinung, Jg. 20 (1975) 163, S. 33–54.

[7] Fred Luchsinger, Adenauer und die Auslandspresse, in: Konrad Adenauer und die Presse, Rhöndorfer Gespräche Bd. 9, hrsg. von Karl-Günther von Hase, Bonn 1988, S. 97.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nach Westen vordringen.' So etwa sah er die Situation schon damals. Das gab er freilich öffentlich nicht zu. Die Bevölkerung hätte es nicht gern gehört, und deshalb entschied er sich hier für die ‚einfache' und nicht für die ‚lautere' Wahrheit."[8] In jenen Teegesprächen 1959 soll einer der Beteiligten gar sinngemäß vom Kanzler vernommen haben, er habe von Anfang an nicht an die Wiedervereinigung geglaubt. Sie sei zur Parteisache gemacht worden. CDU/CSU und SPD hätten um ihres nationalen Ansehens wegen diese Frage hochgespielt, was ein Unglück sei.

Wie dem auch sein mag, die Äußerungen bestätigen ein weiteres Mal, daß Adenauer sehr wohl die Realitäten seiner Deutschlandpolitik, ihre Grenzen und Möglichkeiten, erkannt hat und sich deshalb keinen Träumereien von einem wiedervereinigten Deutschland unter den gegebenen Bedingungen hingab. Heinrich Krone notierte am 23. Januar 1959 Bemerkungen Adenauers vom 6. Januar: „Da mit der Wiedervereinigung auf Jahre nicht zu rechnen sei, solle man sie als jetzt nicht durchführbar ansehen; die Zone bleibe in der Macht Pankows, die Bundesrepublik im Bündnis des Westens; es müsse im Wissen um die Lage, wie sie ist, zu Gesprächen kommen, die auf eine Humanisierung der Verhältnisse in der Zone hinausgingen."[9]

Mit dem Globke-Plan, der wohl zunächst als Richtschnur für die Besprechungen Adenauers mit Dulles am 7./8. Februar in Bonn[10] diente, deutete die Bundesregierung in vier Punkten mehr Flexibilität an: 1. mögliche De-facto-Anerkennung der DDR, 2. Eingeständnis, daß die Wiedervereinigung auf absehbare Zeit nicht zu erreichen sein würde, 3. statt dessen die Forderung nach Verbesserung der humanitären Verhältnisse in der DDR sowie 4. Beibehaltung der Forderung nach freien Wahlen in Gesamtdeutschland, jedoch mit der Möglichkeit, sie für etwa 10 Jahre zurückzustellen.

---

8 Robert Strobel, Adenauer und der Weg Deutschlands, Luzern-Frankfurt/Main 1965, S. 39.

9 Krone, Aufzeichnungen, S. 148 f.

10 Zum Verlauf der Begegnung von Adenauer und Dulles am 7./8. 2. 1959, der letzten vor dem Tod des amerikanischen Außenministers am 24. 5. 1959, vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 471–478. Adenauers Informationsgespräch mit Gaston Coblentz, 15. 1. 1960, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961, Adenauer – Rhöndorfer Ausgabe, hrsg. von Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz, bearb. vom Verf., Berlin 1988 (im Erscheinen). Krone, Aufzeichnungen, S. 149 f. Wortlaut der Erläuterungen von Eckardts auf der Pressekonferenz am 8. 2. 1959 in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (Bulletin), Nr. 17, 11. 2. 1959, S. 246. Eleanor Dulles, Adenauer und Dulles, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, Bd. 1: Beiträge von Weg- und Zeitgenossen, hrsg. von Dieter Blumenwitz/Klaus Gotto/Hans Maier/Konrad Repgen/Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1976, S. 387 f. Roscoe Drummond/Gaston Coblentz, Duell am Abgrund. John Foster Dulles und die amerikanische Außenpolitik 1953–1959, Köln-Berlin 1961, S. 244–252. Dies., „Westdeutschland muß Kontakt zur Zone halten". Adenauers letzte Begegnung mit Dulles, in: „Der Spiegel", Nr. 36, 31. 8. 1961, S. 30–32.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

II.

Von offiziellen Publikationen abgesehen, sind bislang kaum Archivmaterialien zur Haltung der Westmächte nach dem Berlin-Ultimatum zugänglich. Erste, jüngst vom State Department freigegebene Aktenbestände erlauben nur einen punktuellen Einblick in Überlegungen, die Anfang 1959 von der amerikanischen Regierung zur Lösung der Krise angestellt wurden. So geht aus einer Aufzeichnung über ein Gespräch von Dulles mit dem damaligen NATO-Generalsekretär Paul-Henri Spaak am 6. Februar[11] in Paris eine unterschiedliche Einschätzung der Haltung Adenauers hervor.

Spaak bezog sich – unter dem Vorbehalt der weiteren Prüfung – auf Informationen des deutschen NATO-Botschafters Herbert Blankenhorn, demzufolge der Kanzler die Notwendigkeit von Konzessionen erkannt habe. Sie könnten die Anerkennung Polens, der Tschechoslowakei und der Oder-Neiße-Linie, mögliche Formen der Konföderation mit Ost-Deutschland sowie den Verzicht der Bundesrepublik auf bestimmte Arten nuklearer Waffen einschließen[12]. Dulles hingegen verwies auf ein Schreiben Adenauers, offenbar jüngsten Datums[13], das ähnliche Überlegungen enthalte, allerdings nicht von einer Konföderation oder einem Verzicht auf nukleare Waffen spreche. Vielmehr gebe es Anzeichen einer gewissen Verlagerung der deutschen Frage auf die Abrüstung. Spaak wollte in der Öffentlichkeit die positiven Konsequenzen, die aus der Wiedervereinigung Deutschlands entstünden, hervorgehoben wissen. Dazu zählten begrenzte Formen des Disengagements, Gewaltverzichtserklärungen mit den Ostblockstaaten, die Anerkennung Polens und der Tschechoslowakei, die Lösung der Berlinfrage, größere Freizügigkeit. Hinsichtlich des Berlinproblems machte Dulles deutlich, daß man die „Agententheorie"[14], das heißt die Kontrolle des Verkehrs durch DDR-Beamte statt durch die sowjetischen Vertreter, nicht akzeptieren werde. Er hoffte auf die Einsicht der Sowjets. Was die Deutschlandfrage anbelange, so solle der Westen an die Pläne von 1955 zur Wiedervereinigung und europäischen Sicherheit anknüpfen. Bezüglich der atomaren

---

[11] National Archives, Washington, D.C. (NA), RG 59, Box 3549, 762A.00/1-559, Department of State, Memorandum of Conversation, SVE/MC-13, Spaak-Dulles, 6.2. 1959, Secret, 3 S.

[12] Herbert Blankenhorn, Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949–1979, Frankfurt/Main-Berlin-Wien 1980, S. 343 f.

[13] Wahrscheinlich ist die Situationsanalyse Adenauers gemeint, die er am 30. 1. 1959 der amerikanischen Regierung übersandt hatte. Wortlaut in: Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 463–468.

[14] Dulles hatte auf einer Pressekonferenz am 26. 11. 1958 in Washington von dieser „Agententheorie" gesprochen, wonach die amerikanische Regierung keine stellvertretende Verantwortung der DDR für die Sowjetunion akzeptieren würde. Das schließe allerdings nicht aus, daß man zur Regelung von Besatzungsangelegenheiten mit DDR-Vertretern als „Beauftragte" (agents) der Sowjetunion in Verkehr treten würde, vorausgesetzt, die sowjetische Regierung würde die Rechte des Westens weiterhin anerkennen. Auszüge des Wortlauts in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/1, 1. Halbband, S. 144–150, hier S. 145 f. Auch Wilhelm G. Grewe, Rückblenden 1976–1951. Aufzeichnungen eines Augenzeugen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Schmidt, Frankfurt/Main-Berlin-Wien 1979, S. 365 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Waffen könne vielleicht eine Unterscheidung getroffen werden zwischen taktischen und strategischen Waffen, mit denen die amerikanischen Truppen in Europa ausgestattet würden. Einig waren sich beide jedoch, den Status quo in Deutschland aufrechtzuerhalten. Denn jede radikale Veränderung bedeute ein Nachbessern der gegenwärtig befriedigenden Vereinbarungen der europäischen Zusammenarbeit, auch in wirtschaftlicher Hinsicht, und der Beteiligung der Deutschen an der Allianz. Allerdings dürften selbst die ernstesten Bemühungen nicht dazu führen, irgendwelche bedeutsamen Fortschritte zu machen.

Die französische Regierung teilte im wesentlichen die Einschätzung Dulles' zu einem Eingreifen sowjetischer oder DDR-Truppen auf den Zugangswegen von und nach Berlin. Außenminister Couve de Murville pflichtete Dulles bei[15], daß es ein schwerwiegender Fehler wäre, die Einbindung der Bundesrepublik in die westlichen Gemeinschaften zu gefährden, um die Wiedervereinigung zu erkaufen. Dennoch schloß der Chef des Quai d'Orsay wohl nicht aus, daß es Maßnahmen geben könnte, durch welche die Bundesrepublik einen größeren Einfluß auf die DDR ausüben könne. Eine diplomatische Formel, die sowohl die Konföderationspläne als auch die Anerkennung einschlossen.

Dulles regte dann bei seinem Besuch in Bonn Adenauer gegenüber an, die Bundesregierung solle sich überlegen, welche Mittel und Wege sie vor einer De-facto-Assoziierung mit der DDR sehe, die ihr zugleich einen größeren Einfluß auf Ost-Berlin ermögliche. Adenauer dagegen verwies auf die Bemühungen der Bundesregierung zur Erleichterung des Reiseverkehrs und machte gleichfalls deutlich, daß wegen des harten Vorgehens der DDR-Behörden aber kaum noch Aussichten hierfür bestünden[16].

Mit Blick auf die bevorstehende Außenminister-Konferenz der vier Mächte in Genf wurde im State Department unter anderem die Meinung vertreten[17], daß man der Sowjetunion auf der Grundlage der Vorschläge vom Oktober/November 1955 ein Verhandlungspaket Wiedervereinigung Deutschlands/Europäische Sicherheit präsentieren solle, das mehr den Friedensvertrag als die Wiedervereinigung herausstelle. Der Weltöffentlichkeit müsse klargemacht werden, daß Washington kein Interesse an einer Wiedervereinigung auf Kosten der Sicherheit der Sowjetunion habe. Jedoch gelte es zu verhindern, so hatte Dulles verlauten lassen, den Sowjets oder der öffentlichen Meinung in den USA den Eindruck zu vermitteln, Washington könne bereit sein, die deutsche Wiedervereinigung zum Preis einer Abkoppelung der Bundesrepublik vom Westen zu erreichen mit dem Ergebnis, daß Deutschland dann – unabhängig in der Mitte Europas agierend – versucht sein könnte, Ost gegen West auszuspielen.

---

[15] NA, RG 59, Box 3549, 762A.00/1-559, Department of State, John Foster Dulles, Memorandum of Conversation with Couve de Murville, SVE/MC-14, 7.2.1959, Secret, 1 S.

[16] Drummond/Coblentz, Duell am Abgrund, S. 247 f.

[17] NA, RG 59, Box 3549, 762A.00/1-559, Department of State, Memorandum von Andrew H. Berding an Merchant, Subject: The German Problem and Public Relations, 12.2.1959, Secret, 4 S.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Die Joint Chiefs of Staff entwickelten in den nächsten Wochen Szenarios, die Berlinkrise zu einer dramatischen Revision der amerikanisch-deutschen Politik zu nutzen. In einem Memorandum für Verteidigungsminister Neil H. McElroy über die Politik gegenüber Berlin und Deutschland[18] wurden drei alternative Reaktionen auf die im Berlin-Ultimatum angedrohten Maßnahmen der Übertragung von Rechten der Sowjetunion an die DDR aufgezeigt:

„*Alternative eins:* Die drei Westmächte nehmen zur Kenntnis, daß alle Deutschland betreffenden Vereinbarungen mit der Sowjetunion abgeschafft sind, und werden sofort die Bundesrepublik Deutschland als die rechtmäßige und einzige Regierung in Gesamtdeutschland anerkennen. Die drei westlichen Regierungen behalten sich das Recht vor, jede Maßnahme in Betracht zu ziehen, die notwendig ist, den Status der Bundesrepublik Deutschland zu unterstützen, wie dieser zwischen ihren Regierungen vereinbart wird.

Alternative zwei: Die drei Westmächte nehmen zur Kenntnis, daß die Sowjetunion alle ihre Vereinbarungen betreffend die Viermächte-Besatzungsmacht und Verantwortlichkeiten in Deutschland abgeschafft hat. In diesem Falle behalten sich die drei Westmächte sofort das Recht vor, die Besatzungsgewalt, welche die Sowjetunion abgeschafft hat, in jedem oder allen Teilen Deutschlands, die bis dahin von der Sowjetunion wahrgenommen wurde, aufrechtzuerhalten und auszuüben.

Alternative drei: Die drei Westmächte nehmen zur Kenntnis, daß sich die Sowjetunion von den Viermächte-Besatzungs-Vereinbarungen zurückgezogen hat. Dessen ungeachtet sind die drei Westmächte bereit, bis zur Wiedervereinigung die DDR als die de facto provisorische Regierung der sowjetisch besetzten Zone in Deutschland anzuerkennen, vorausgesetzt, daß

- die Sowjetunion und die DDR das Recht der drei Westmächte als Besatzungsmächte anerkennen, alle Zufahrtswege, die von ihnen im Verkehr zwischen Westdeutschland und Berlin benutzt werden, uneingeschränkt und bedingungslos zu kontrollieren;
- die DDR garantiert, daß sie jegliche Unterbrechung dieses Verkehrs aus irgendwelchen Gründen, einschließlich der Beibehaltung oder Überprüfung der Transportbestimmungen, ausschließt;
- die DDR die Aufrechterhaltung der Bedingungen hinsichtlich der ungehinderten Handels- und Geschäftsbeziehungen zwischen West-Berlin und der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und anderen ausländischen Staaten garantiert;
- die DDR der ständigen Präsenz alliierter Garnisonen in West-Berlin bis zur Lösung der Frage der deutschen Wiedervereinigung zustimmt."[19]

Diese teils weitreichenden Überlegungen waren letztlich Ausdruck der sich allgemein abzeichnenden Linie der amerikanischen Regierung, einen letzten Anlauf mit

[18] Ebenda, The Joint Chiefs of Staff, Memorandum for the Secretary of Defense, Subject: Statement of Policy on Berlin and Germany (C), 16. 3. 1959, Top Secret, 3 S.

[19] Übersetzung des Verfassers. „The United States, the U. K. and France" ist hier mit „die drei Westmächte" wiedergegeben.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Sowjetunion zur Regelung der Deutschland- und Berlinfrage zu starten und dabei eventuell strukturelle Veränderungen im deutsch-amerikanischen Verhältnis in Kauf zu nehmen. Ein weiteres Memorandum über „Mögliche Vorteile eines Vorschlages hinsichtlich des Rückzugs der sowjetischen und westlichen Streitkräfte von deutschem Boden als Teil einer Vereinbarung über die Wiedervereinigung" vom 11. März[20] läßt erkennen, daß nicht unerhebliche Kräfte in der amerikanischen Administration darauf drängten, die Deutschlandfrage flexibler anzugehen als bislang, um mit Moskau zu einer Lösung zu kommen.

Adenauer fürchtete also nicht zu Unrecht, daß die Amerikaner sich Konzessionen abringen lassen könnten, die ihren bilateralen Interessen dienen, aber letztlich die Geschlossenheit des westlichen Bündnisses sprengen könnten. Daher seine strikte Ablehnung jeglicher Disengagement-Forderung Macmillans, daher die Skepsis gegenüber dessen Moskau-Reise[21], bei der er Chruschtschow womöglich zu weit entgegenkomme, vielleicht über die Anerkennung der DDR spreche, und dabei Positionen beziehe, die sich mit denen der Westmächte nicht mehr in Einklang bringen ließen. Wenn sich diese erst einmal mit der Frage beschäftigten, würde das die Verhandlungslage erheblich verschlechtern. Einzig in de Gaulle wußte Adenauer einen Verbündeten, der die britischen Disengagement-Pläne strikt ablehnte[22]. So erstaunt es auch nicht, wenn der Kanzler am 16. März im Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Verteidigung der damaligen Gegebenheiten im Hinblick auf den Status Berlins, der DDR und der militärischen Präsenz der USA in Europa als vorrangiges Ziel bezeichnete: „Wenn wir den Status quo für Berlin und die Zone behalten, haben wir für heute so gut wie alles erreicht. Wiedervereinigung – wer weiß wann!"[23] Krone weiter: „Gerstenmaier stellte zu diesem Satz des Kanzlers fest, daß damit klar gesagt sei, daß wir unsere bisherige These, Wiedervereinigung durch Geschlossenheit und Stärke des Westens, vorläufig nicht realisieren könnten. Also geteiltes Deutschland. Und was sagt dazu das Volk in der Bundesrepublik? Die Antwort fällt hart aus. Das Volk nimmt es hin und denkt an sein Wohlergehen."

---

[20] NA, RG 59, Box 3549, 762A/3-259, United States Government, Office Memorandum, F. O. Allen an William R. Tyler, Subject: Forthcoming Negotiations on Germany with the USSR: Possible Advantages of Proposing Withdrawal of Soviet and Western Forces from German Soil as Part of an Agreement on Reunification, 11. 3. 1959, Secret, 3 S.

[21] Zu Vorbereitung, Verlauf und Ergebnis des Macmillan-Besuchs in Moskau (21. 2.–3. 3. 1959), bei dem u. a. über einen britisch-sowjetischen Nichtangriffspakt, die Genfer Verhandlungen zur Einstellung der Atomtests, den Rapacki-Plan und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr gesprochen wurde, vgl. Harold Macmillan, Riding the Storm, 1956–1959, London 1971, S. 557–635, insbes. S. 592–634. Harold Evans, Downing Street Diary. Macmillans Years, 1957/63, London 1981, S. 74–79. Nigel Fisher, Harold Macmillan. A Biography, London 1982, S. 213 f. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 427–430.

[22] NA, RG 59, Box 3549, 762A/3-259, Department of State, Botschaft Paris, Telegram No 3357, Houghton, an Secretary of State, 14. 3. 1959, Secret, 2 S.

[23] Hier und im folgenden Krone, Aufzeichnungen, S. 152.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

III.

Die außenpolitische Krise wäre für Adenauer sicherlich leichter zu bewältigen gewesen, wenn nicht zur gleichen Zeit sich die innenpolitische Diskussion um die Bundespräsidentenwahl am 1. Juli 1959 zugespitzt hätte. Allem Anschein nach war sein Entschluß zur Kandidatur Anfang April recht kurzfristig von ihm gefaßt worden. Die Kontroversen um die Kanzlernachfolge und vor allem seine Bedenken gegen Erhard[24], aber wohl auch der Tod von Dulles brachten ihn zu der Überzeugung, das Ruder nicht aus der Hand geben zu sollen. Eine Entscheidung, in der er von Globke weitgehend bestärkt worden sein dürfte. Fred Luchsinger, dem in Bonn nachgesagt wurde, besonders gut über Gedanken Adenauers informiert zu sein, hielt nach einem Gespräch mit Globke am 22. Juli 1959 zu den Hintergründen der Präsidentschaftsangelegenheit vom Juni fest:

„Nach Globke hatte Adenauer außer Etzel noch drei andere Kandidaten für seine Nachfolge in petto. Nicht jedoch Erhard, den er nach wie vor für politisch gefährlich hält. Zum Beweis: Erhard wollte an der westlichen Gipfelkonferenz einen einstündigen Vortrag über die weltwirtschaftliche Lage halten!

Auch die Franzosen und der Italiener Segni lehnten Erhard ab (Erhard eines Übermaßes von Anglophilie verdächtigt unter Hinweis auf die Meinung von Dulles, daß die Engländer die europäische Integration verhindern wollten, nachdem sie nicht führend in das europäische Geschäft einsteigen wollten und könnten). Herter habe in Bonn gesagt, die Amerikaner würden so lange in Deutschland bleiben, als die Integration und das deutsch-französische Verhältnis weitergeführt würden.

Alles immer im Hinblick darauf, daß Erhard eine Gefahr für die europäische Integration wäre.

Im April war Höcherl gegen Adenauers Präsidentschaftskandidatur, aber nicht gegen eine Kandidatur Etzels; Krone war für Etzel, er hatte den schon 1957 als künftigen Nachfolger Adenauers im Kabinett haben wollen. Höcherl und Krone berichteten Adenauer in Cadenabbia übereinstimmend, daß in Bonn eine starke Strömung für Erhard herrsche; Höcherl fügte hinzu, es würde viel Arbeit brauchen, um Etzel bei der Fraktion durchzubringen. Erhard wolle nicht im Kabinett sein unter einem anderen Kanzler als Adenauer. Deshalb hätte Etzel vermutlich überhaupt keine Chance.

Die ganzen Nachfolgeprojekte werden zur Zeit nicht weiterverfolgt. Adenauer hofft, 1961 seinen Mann durchzubringen, weil dann 1965 noch genügend weit weg sei und Erhards Chancen reduziert werden könnten. Etzel bleibt Adenauers Favorit."[25]

Des Kanzlers personelles und politisches Kalkül schlug fehl. Auch wenn er es nicht wahrhaben wollte: Der Zenit seiner Macht war überschritten. Die innerpartei-

---

[24] Vgl. Daniel Koerfer, Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer, Stuttgart 1987, S. 227–366.

[25] Aufzeichnung Privatarchiv (PA) Dr. Fred Luchsinger, Zürich. Vgl. auch seinen Artikel „Wirkungen der Kanzlerkrise" von Ende August 1959, in: Fred Luchsinger, Bericht über Bonn. Deutsche Politik 1955–1965, Zürich 1966, S. 135–142.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

lichen Widersacher machten ihm nun das Leben schwer, wollten ihm nach zehnjähriger Regierungszeit den Ruhestand gönnen. Adenauer aber nahm die Kampfansage in Kauf, überzeugt, nur er könne mit seinen Erfahrungen in dieser Krisensituation und bei zunehmenden Interessendivergenzen unter den Westmächten den Status quo der Bundesrepublik in West und Ost auch weiterhin verteidigen.

IV.

Gesprächsaufzeichnungen, die eigentlich gar nicht existieren dürften, haben ihren besonderen Reiz. Um so mehr, wenn es sich um Unterredungen mit einem Regierungschef handelt. Nicht anders verhält es sich mit den Berichten der Bonner Korrespondenten, die im ersten Halbjahr 1959 mit dem Bundeskanzler im Palais Schaumburg vertrauliche „Teegespräche" führten[26]. Die Treffen waren nach gut anderthalbjähriger Unterbrechung[27] auf ausdrücklichen Wunsch Adenauers im kleinen Kreis der sieben Journalisten Ludwig von Danwitz[28], Hugo Grüssen[29], Dr. Max Nitzsche[30], Alfred Rapp[31], Max Schulze-Vorberg[32], Georg Schröder[33] und Robert Strobel[34] wieder aufgenommen worden. Ferner nahmen Staatssekretär Globke, Regierungssprecher Felix von Eckardt, sein Stellvertreter, Werner Krueger[35], sowie Franz Josef Bach[36] und Günter Bachmann[37] an dieser Runde teil. Entgegen der sonst befolgten Praxis war kein Stenograph des Presse- und Informationsamtes anwesend, sollte auf jegliche Niederschrift verzichtet werden. Die Gespräche hatten anfangs eine andere Qualität als bis dahin üblich. Hier ging es nicht in erster Linie darum, die Pressevertreter über bereits getroffene politische Entscheidungen der Bundes-

---

[26] Zu den Hintergrundgesprächen mit ausländischen Journalisten in diesem Zeitraum vgl. Adenauer, Teegespräche 1959–1961.

[27] Vgl. dazu die Einführungen des Verf. in die Edition Adenauer, Teegespräche 1950–1954, Berlin 1984, S. XII–XXII; Teegespräche 1955–1958, Berlin 1986, S. VII f.

[28] Ludwig von Danwitz (1910–1981), 1956–1975 Leiter des Bonner Studios des Westdeutschen Rundfunks.

[29] Hugo Grüssen (1914–1965), seit 1948 Bonner Korrespondent u. a. für den „Mannheimer Morgen", die „Ruhr-Nachrichten" (Dortmund) und die „Allgemeine Zeitung" (Mainz).

[30] Dr. Max Nitzsche (*1915), 1953–1961 Leiter der Bonner Redaktion der „Rheinischen Post" (Düsseldorf).

[31] Dr. Alfred Rapp (*1903), 1950–1975 Bonner Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen".

[32] Dr. Max Schulze-Vorberg (*1919), von 1948 an Korrespondent des Bayerischen Rundfunks in Bonn.

[33] Georg Schröder (1905–1987), 1953–1973 Leiter des „Welt"-Büros in Bonn.

[34] Dr. Robert Strobel (*1898), 1947–1968 Berichterstatter der „Zeit", der „Neuen Frankfurter Presse" und der „Stuttgarter Nachrichten" in Bonn.

[35] Werner Krueger (*1915), 1952–1954 und 1956–1966 stellvertretender Leiter des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung.

[36] Dr. Franz Josef Bach (*1917), 1958–1961 Persönlicher Referent Adenauers im Kanzleramt.

[37] Dr. Günter Bachmann (*1915), 1952–1968 im Bundeskanzleramt tätig, 1955 Ministerialrat, 1961 Ministerialdirigent.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

regierung ausführlicher zu informieren, Hintergründe besser auszuleuchten. Adenauer wollte mit wirklich erfahrenen Beobachtern des politischen Geschehens freimütig Gedanken austauschen, gemeinsam Überlegungen anstellen und ihr Urteil dazu hören, welche Möglichkeiten deutschlandpolitischer Veränderungen sie in dieser Phase des Entscheidungsprozesses über die vom Westen geforderten Gegenvorschläge sahen. So versteht sich, daß es den Teilnehmern nicht erlaubt war, während der Unterhaltung Notizen zu machen. An eine Nachrichten-Verwendung war sowieso nicht zu denken. Die vereinbarte Vertraulichkeit wurde – selbst zum Leidwesen des CDU/CSU-Fraktionschefs Krone – weitgehend eingehalten.

Weil einige Journalisten dennoch im nachhinein die wichtigsten Gedanken der Kanzleraussprachen für ihre Chefredakteure oder auch nur privat festhielten, lassen sich überhaupt noch Erkenntnisse über die im kleinen Teekreis von Adenauer angestellten Überlegungen gewinnen, ist heute nachvollziehbar, welche Argumente und Optionen er mit den journalistischen Profis hin und her wandte. Mit einiger Gewißheit sind es die einzigen Dokumente, die über den Inhalt dieser Gesprächsrunde Auskunft geben. Abgesehen von den Berichten Robert Strobels – sie sind der Forschung vorläufig nicht zugänglich[38] – umfaßt diese Dokumentation alle Aufzeichnungen von Ludwig von Danwitz, Max Nitzsche und Georg Schröder, die sie über Teegespräche des Jahres 1959 verfaßten. Hugo Grüssen, Alfred Rapp und Max Schulze-Vorberg haben sich offenbar streng an die vereinbarte Vertraulichkeit gehalten und – soweit heute feststellbar – keine Aufzeichnungen angefertigt. Auch von Eckardt und Krueger haben über die Gespräche keine Vermerke zu den Akten gegeben. Weitere Notizen könnten allenfalls von Globke, Bach und Bachmann überliefert sein. Sie dürften damals aber eine Vielzahl wichtigerer tagespolitischer Aufgaben zu bewältigen gehabt haben.

Zu sieben der insgesamt zehn Begegnungen zwischen dem 15. Januar und dem 12. Juni 1959 liegen dreizehn Berichte vor. Bis auf die beiden Sitzungen am 19. Februar und 12. Juni konnten zu jedem Gespräch mindestens zwei Aufzeichnungen (im Falle der Sitzung vom 11. Februar 1959, drei Tage nach dem Dulles-Besuch in Bonn, sogar drei Berichte) ausfindig gemacht werden. Vergleichend lassen sich somit gewisse Rückschlüsse auf den Tenor der Ausführungen Adenauers ziehen. Allerdings ist gegenüber wörtlichen Zitaten besondere Vorsicht angebracht. Denn mit großer Wahrscheinlichkeit sind die zitierten Bemerkungen des Kanzlers nur sinngemäße Wiedergaben seiner wortwörtlichen Äußerungen. Mehrmals wird in den Dokumenten darauf verwiesen, daß es sich um nachträglich aus dem Gedächtnis verfaßte Protokolle handelt.

Die Berichte verdienen gleichwohl besondere Aufmerksamkeit, zählen sie doch zu den einstweilen noch wenigen Dokumenten, die weitere Einsichten in die Gedankengänge Adenauers in einer der schwierigsten Phasen seiner Kanzlerschaft erlauben.

---

[38] Die Berichte befinden sich im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, München, und sind auf zehn Jahre nach dem Ableben des Journalisten gesperrt.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokumente

Dokument 1[39]

Per Eilboten
Vertraulich!
1. Herrn Dr. Fritz Brühl[40]
2. Herrn Dr. H. F. G. Starke[41]

Studio Bonn vd/sch
16. 1. 1959

Lieber Herr Dr. . . .
Gestern wurde ganz überraschend und sehr vertraulich zum Tee bei Adenauer eingeladen. Die Teestunde begann um 17.30 Uhr und dauerte bis 19 Uhr. Eingeladen waren außer mir: Grüssen (Ruhr-Nachrichten), Nitzsche (Rheinische Post), Rapp (FAZ), Schröder (Welt) und Strobel. Ferner nahmen teil: Brentano, Globke, Werner Krueger und der persönliche Referent des Bundeskanzlers, Dr. Bachmann.

Der Pressetee soll wieder eine ständige Einrichtung werden. Vorgesehen ist, daß noch etwa fünf Journalisten hinzukommen. Adenauer will auf keinen Fall einen größeren Kreis, weil sonst kein vertrauliches Gespräch möglich sei. Es gehe ihm nicht nur darum, seine Meinung zu sagen und Informationen zu hören. Es wurde vereinbart, daß die Gespräche niemals nachrichtlich verwandt werden. (Hintergrund: Eckardt hatte die Kanzlertees abgeschafft, weil er sich als Vermittler beeinträchtigt glaubt. Frage: wird er sie, wenn er wieder in Bonn ist[42], erneut sabotieren?)

Seine politischen Ausführungen leitete Adenauer mit der Bemerkung ein, wir würden zuviel „spintisieren". Er kritisierte einen Reifenberg-Artikel der FAZ[43], in dem behauptet worden war, Dittmann[44] und Eckardt seien nach Washington wegen der Äußerungen von Dulles über freie Wahlen geschickt worden. Das sei ganz und gar unrichtig, da diese Reisen längst vorher beschlossen gewesen seien. Dittmann habe über den Mikojan-Besuch[45] zu berichten, da Prof. Grewe unabkömmlich sei[46]. Eckardt solle mit Journali-

---

[39] Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin (ACDP), Nachlaß (NL) Ludwig von Danwitz I-330-013, maschinenschriftlicher (ms.) Durchschlag.

[40] Fritz Brühl (1909–1982), 1955–1960 Chefredakteur und Leiter der Hauptabteilung Politik beim Westdeutschen Rundfunk (Köln).

[41] Dr. H. F. Gerhard Starke (*1916), 1956–1959 Leiter der Hauptabteilung Politik beim Norddeutschen Rundfunk (Hamburg).

[42] Vgl. zur USA-Reise Felix von Eckardts (10.–21. 1. 1959) dessen Erinnerungen: Ein unordentliches Leben, Düsseldorf-Wien 1967, S. 554. Zum Ergebnis der Reise auch Krone, Aufzeichnungen, S. 148.

[43] Benno Reifenberg (1892–1970), 1959–1965 Herausgeber der „Frankfurter Allgemeinen". Gemeint war sein Artikel: Von gleich zu gleich, in: „Frankfurter Allgemeine" vom 15. 1. 1959.

[44] Dr. Herbert Dittmann (1904–1965), 1958–1959 Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt.

[45] Der erste stellvertretende Ministerpräsident der UdSSR, Anastas I. Mikojan, hielt sich vom 4.–20. 1. 1959 zu einem als „privat" bezeichneten Besuch in den USA auf und traf in dieser Zeit mit amerikanischen Regierungsvertretern zusammen. Vgl. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7482, 7515–7519, und Grewe, Rückblenden, S. 373–377.

[46] Dittmann war von Adenauer beauftragt worden, „nach Washington zu reisen, Dulles eine Botschaft zu überbringen und die Aktivitäten Mikojans zu beobachten". Zu den Hintergründen der Mission:

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sten reden und in der UNO sondieren. (Hintergrund: E[ckardt] untersucht die Möglichkeit, daß UNO-Vollversammlung Berlin-Kommission mit der Auflage einsetzt, die Verhältnisse in Berlin nicht vor Vorlage des Kommissionsberichts zu ändern. Die Kommission hätte der UNO-Vollversammlung im Oktober Bericht zu erstatten[47]. Auf diese Weise käme man über den 27. Mai[48].)

Adenauers erste große Sorge ist, daß Berlin nicht vergessen wird. Die Russen haben den von ihnen gesetzten Termin noch nicht ausdrücklich aufgegeben. Es liege der Bundesregierung sehr daran, sagte Dr. Adenauer, daß nicht, weil man sich mit dem Friedensvorschlag beschäftige, plötzlich der Berlin-Termin da sei. Auch sei es schwierig, die gute Stimmung in Berlin zu erhalten.

Adenauer erklärte, daß die Amerikaner die „agents-Theorie" ausdrücklich aufgegeben hätten. Man spricht augenblicklich nicht von der Luftbrücke, um bei den Russen den Eindruck zu vermeiden, daß man den Landweg freiwillig aufgebe. Außer Militärs sind auch US-Politiker der Ansicht, daß man gegebenenfalls mit Panzern nach Berlin fahren soll. Ich habe aber nicht den Eindruck, daß auch Adenauer so denkt. Adenauer betonte ferner, daß auch Dulles freie Wahlen als die einzige praktische und natürliche Methode für eine Wiedervereinigung in Freiheit ansieht[49]. Wie aber Prof. Grewe gesagt habe, seien freie Wahlen kein Ziel, sondern ein Weg[50].

Adenauer begründete dann, weshalb jetzt keine deutschen Gegenvorschläge gemacht werden könnten. Nachdem die Russen bei Null angefangen hätten, müßten wir eigentlich bei Hundert anfangen. Dann aber könnten die Russen sehr leicht nein sagen. Die Spaltung Deutschlands ist nicht die Ursache der Spannungen, sondern ihre Folge. Die Differenzen entstanden aus drei Gründen: 1.) Die Russen rüsteten nicht ab, 2.) sie unterwarfen sich die Satellitenstaaten, 3.) sie wollten an der Beherrschung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes beteiligt werden. Wer es wirklich ernst meint mit der Befriedung der Welt, muß die Ursachen der Spannungen sehen. Die Gegensätze können nur durch kontrollierte Abrüstung aus der Welt geschafft werden.

Grewe, Rückblenden, S. 373 ff. Drummond/Coblentz, Duell am Abgrund, S. 238 f. „Frankfurter Allgemeine" vom 14., 15. und 16. 1. 1959.

47 Diese Frage war auch Gegenstand der Besprechung von Dulles und de Gaulle Anfang Februar in Paris. Drummond/Coblentz (Duell am Abgrund, S. 243 f.) zufolge stimmten sie überein, „dies sei nur sinnvoll, wenn der Westen einer großen Mehrheit sicher sein könnte und nicht fürchten müsse, daß das Ergebnis lediglich eine illusorische und nichtssagende UN-Resolution wäre".

48 Mit diesem Datum lief das auf sechs Monate befristete Berlin-Ultimatum ab.

49 Dulles hatte am 13. 1. 1959 auf einer Pressekonferenz auf die Frage, ob es der Standpunkt der amerikanischen Regierung sei, daß freie Wahlen der einzige Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands seien, geantwortet: „Nein, wir haben das niemals gesagt. Die Formel der Wiedervereinigung durch freie Wahlen war die Formel, auf die wir [die Teilnehmer der Genfer Gipfelkonferenz 1955] uns einigten. Dies scheint uns der natürliche Weg zu sein. Aber ich würde nicht sagen, daß es der einzige Weg ist, auf dem eine Wiedervereinigung erreicht werden könnte ..." Wortlaut (Auszüge) in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/1, 1. Halbband, S. 589–596, hier S. 595 f.

50 Grewe hatte am 14. 1. 1959 nach einem Gespräch mit Dulles vor der Presse erklärt, dieser habe „erneut bestätigt, daß die amerikanische Regierung mit ihrer Politik versucht, die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen herbeizuführen". Vgl. Grewe, Rückblenden, S. 374–377, Zitat S. 375. Zu den anschließenden Diskussionen über die Äußerung Grewes vgl. die TASS-Meldung vom 16. 1. 1959 und die Erklärung von Eckardts am 21. 1. 1959, Wortlaut in: Dokumente zur Deutschlandpolitik IV/1, 1. Halbband, S. 675.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Auch Adenauer ist überzeugt, daß es zu keinem heißen Krieg kommt. Nach seiner Auffassung wollen die Russen die wirtschaftliche Weltmacht werden. Nach einer Broschüre der EWG über die Verteilung der wirtschaftlichen Kapazitäten haben die sechs Staaten des Gemeinsamen Marktes, wenn man den USA die Kapazität 20 gibt, die Kapazität 17. Nach Adenauers Auffassung wollen die Russen – das ist auch der Sinn ihres Friedensvorschlages – die europäische Integration verhindern und die Bundesrepublik in ihre Sphäre bekommen. Dann wären sie die wirtschaftliche Weltmacht, und zwar sowohl gegenüber den USA als auch gegenüber Rot-China.

Die Amerikaner sehen das und werden weder die Bundesrepublik noch die europäische Integration fallenlassen. Adenauer betonte, daß Humphrey[51] darüber nicht anders denkt als Dulles. Besorgter ist Adenauer wegen der Engländer, die wahrscheinlich im Mai Wahlen haben[52]. Während des Wahlkampfes seien die Konservativen zu großen innenpolitischen Rücksichten gezwungen. Macmillan habe ihm aber gesagt, eine Labour-Regierung werde spätestens nach einem Vierteljahr wieder zur bisherigen außenpolitischen Linie zurückgekehrt sein.

Adenauer meinte, daß auch die Russen eine Atempause brauchen könnten. Die Bundesrepublik müsse aber sehr vorsichtig sein und dürfe keine Fehler machen. Ihre Schwierigkeit ergebe sich nicht zuletzt aus den Gegensätzen zwischen Regierung und Opposition, die wieder in parteiinternen Gegensätzen ihre Ursache hätten.

Brentano ergänzte mit der Feststellung, daß es kein Rezept für eine Lösung der deutschen Frage gebe[53]. Die Verbündeten würden sich nie auf die Neutralisierung Deutschlands und eine ungewisse deutsche Zukunft einlassen. Die Russen dächten an eine Spekulation mit dem deutschen Nationalismus. Verschiedene russische Politiker hätten in Gesprächen geäußert, ob man nicht in der Zone eine deutsche Einheitspartei schaffen und Papen[54] zum Kanzler machen solle.

In einem sehr offenen Gespräch bestätigte uns Adenauer, daß auch nach seiner Überzeugung der Westen initiativ werden muß. Das sei aber nicht leicht, weil die verschiedenen Staaten unter einen Hut gebracht werden müßten. Adenauer meinte, daß man für die gesamten weltpolitischen Fragen eine ständige Arbeitsgruppe[55] brauche. Er meinte

---

[51] Hubert Horatio Humphrey (1911–1978), 1948–1964 und 1971–1978 Mitglied des amerikanischen Senats für Minnesota.

[52] Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden erst am 9. 10. 1959 statt. Vgl. zum Ergebnis, mit dem die Regierung Macmillan bestätigt wurde, Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7990.

[53] Drei Tage später, am 18. 1. 1959, erklärte der Bundesaußenminister in einem Interview mit von Danwitz im Westdeutschen Rundfunk: „Der Verzicht auf die Wiedervereinigung, die Anerkennung der sogenannten Souveränität und Integrität der bestehenden Teilstaaten, d. h. auch der sogenannten DDR, und die Aufhebung aller Schutz- und Garantieverpflichtungen sind keine Ausgangspunkte für Verhandlungen." Wortlaut in: Bulletin, Nr. 12, 20. 1. 1959, S. 105 f., hier S. 105.

[54] Gemeint war der frühere Zentrumspolitiker, Reichskanzler (1932) und Vizekanzler unter Hitler (1933/34), Franz von Papen (1879–1969).

[55] Auf der Außenminister-Konferenz der drei Westmächte und der Bundesrepublik am 14. 12. 1958 in Paris war die Einsetzung einer Vierer-Arbeitsgruppe auf Beamtenebene beschlossen worden, um gemeinsame Positionen in der Deutschland- und Berlinpolitik zu erarbeiten. Sie nahm ihre Tätigkeit am 5. 2. 1959 in Washington auf. Vgl. Grewe, Rückblenden, S. 388 f. Arnulf Baring unter Mitarbeit von Bolko von Oetinger und Klaus Mayer, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler! Heinrich von Brentano im Briefwechsel mit Konrad Adenauer 1949–1964, Hamburg 1974, S. 241. Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 47.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ferner, daß man über die UNO zu einer neuen Abrüstungskonferenz kommen müsse. Außerdem will er Viermächte-Verhandlungen, die vielleicht von den Außenministern eingeleitet, dann aber auf einer mittleren Ebene fortgesetzt werden, weil den Außenministern die Zeit fehlt und weil lang und sehr geduldig verhandelt werden muß.

Mit freundlichem Gruß
Ihr Danwitz

Dokument 2[56]

1.) Bericht vom 17. Januar 1959
Der Kanzler hatte einen kleinen Kreis von 6 Journalisten (Presse – Funk) zu einer Unterredung ins Palais Schaumburg eingeladen. Sie dauerte etwa 2 Stunden. Es war 17.30 Uhr, als wir Adenauer sahen, also fast am Ende seines Arbeitstages. Sein Gesicht schien mir etwas kleiner geworden, seine Stimme ein wenig gedämpfter. Er wärmte sich erst im Laufe der Diskussion auf, zeigte dann aber geistig durchaus die Umsicht, die wir an ihm kennen, wenngleich er sich mit einzelnen Worten öfter als bisher zu versprechen scheint.

Seine Grundlinie, die er im gegenwärtigen Augenblick seiner Politik zum Ausdruck kommen lassen will, scheint mir folgende zu sein: Deutschland kann jetzt auch von seinen Verbündeten kein Mitleid mehr erwarten, so wenig es ihm gelingen kann, die verbündeten Partner dadurch für sich zu aktivieren, daß wir die Möglichkeit eines Zusammengehens mit Moskau in dieser oder jener Einzelheit andeuten würden. In dieser Lage also greift der Kanzler zu dem Mittel, die wirtschaftliche Bedeutung der Bundesrepublik und der EWG überhaupt stärker als bisher ins Treffen zu führen. Er möchte den Blick der Amerikaner, der auf die Gefahr eines großen Krieges gerichtet ist (eine Möglichkeit, die zum Teil Amerika dazu bewegt, schnelle Ausgleichslösungen mit den Russen anzustreben), ablenken und ihn auf die in Wirklichkeit drohenden Gefahren eines weiterhin andauernden Kalten Krieges richten. Adenauer äußerte die Überzeugung, daß die Form des Kalten Krieges mehr und mehr in den des Wirtschaftskrieges übergehen wird – ein Grund für die Sowjets mehr, das Potential der Bundesrepublik und Westeuropas entweder zu neutralisieren oder auf irgendeine Weise in ihre Hände zu spielen. Adenauer meinte, er habe Anzeichen, daß die Amerikaner von seiner These weitgehend überzeugt sind. Doch ließ sich aus seinen Worten die Befürchtung heraushören, daß jetzt über unseren Kopf hinweg etwas geschehen könnte, wenn wir nicht aufpassen. Nach den Informationen des Kanzlers ist Dulles nach wie vor in seiner Gesundheit nicht voll wiederhergestellt. Da der Apparat des amerikanischen Außenamtes ganz auf ihn eingestellt ist, bedeutet dies auch für unseren Draht nach Washington manche Erschwerung. Eisenhower sei so wenig in Form, daß man Schlimmes befürchten müsse, wenn es wirklich zu einer Gipfelkonferenz käme. Adenauer glaubt jedoch annehmen zu können, daß die Politiker um Eisenhower selbst davon überzeugt sind, aus diesen Gesundheitsgründen heraus für den Präsidenten es nicht zu einer Gipfelkonferenz kommen lassen zu dürfen.

Zur Noten-Frage meinte Adenauer, er halte deutsche Vorschläge zum Friedensvertragsentwurf für nicht opportun. Er begründete dies damit, daß wir doch nicht in der Lage seien, auf die maximalen russischen Forderungen maximale deutsche Forderungen

[56] PA Max Nitzsche, Düsseldorf, Akte Berichte nach Kanzleraussprachen, handschriftliche (hs.) Aufzeichnung.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

auszusprechen, weil schon unsere eigene öffentliche Meinung im Westen dann sagen würde, den armen Russen werden ja unzumutbare Forderungen gestellt. Wir sind also von vorneherein mit unseren Forderungen so beschnitten, daß damit wenig Propaganda zu machen sei. In diesem Punkt kam es dann zu einer langen und offenen Auseinandersetzung mit den Journalisten. Sie alle vertraten die Auffassung, die nunmehr seit Jahren andauernde Haltung in Worten, dem Granathagel der dauernden sowjetischen Noten nur mit einen ‚Nein' entgegenzutreten, sei für die öffentliche Meinung in Deutschland nicht mehr tragbar. Denn einmal blieben die sowjetischen Forderungen als Schlagzeilen bei den Leuten hängen, ohne daß sie sich Gedanken machten über die Einzelzüge der sowjetischen Vorschläge. Ich habe dem Kanzler z. B. erklärt, daß bei der letzten sowjetischen Friedensvertragsnote fast jede Zeitung in der Schlagzeile die Worte gehabt hat: „Sowjets wollen Friedensvertrag". Außerdem erklärten wir, der von den Sowjets geführte Seelenkrieg könne nicht mit national gefaßten Argumenten beantwortet werden. Diese Masse der Menschen verdaue die Politik nun einmal nur noch emotional. Darum sei es notwendig, daß der Westen etwas die Friedensphantasie – und nicht nur die Raketenphantasie anrege.

Wir hatten den Eindruck, daß Adenauer und auch Brentano, der bei dem Gespräch mit zugegen war, von unseren Erkenntnissen verhältnismäßig beeindruckt war[en]. Sie überlegten sich, inwieweit es uns gelingen kann, die Amerikaner zu wirkungsvollen propagandistischen Maßnahmen zu bringen. Dabei müßte man in unserer Sache davon ausgehen, daß wir zwar ein akutes Problem für die Amerikaner darstellen, keineswegs aber das wichtigste. Auf der anderen Seite kann uns auch selbst nicht daran gelegen sein, lediglich in der großen Ordnung der Deutschlandfrage auf die russischen Vorstöße zu antworten. Adenauer meinte darum, daß die westlichen Beschlüsse der Londoner Abrüstungskonferenz von [19]55[57] wieder etwas aufgemöbelt werden könnten. Auch müßte man in dieser Richtung anderes und neues versuchen.

Wie ich gestern abend von Brentano hörte, arbeitet das AA gegenwärtig an einer Zusammenfassung der deutschen Friedensvertragsvorstellungen. Sie wird etwa in 8 Tagen fertig sein, wie wir sie dann taktisch verwenden werden, ist noch nicht dargelegt. Übrigens hörte ich, daß Kroll nach dem Ende der Berlin-Krise nicht mehr lange seinen Moskauer Posten behalten wird. Vor allem deswegen, weil er der Meinung ist, daß die deutsch-sowjetischen Beziehungen von der Wirkungskraft seiner Person und den „Fehlern" in Bonn bestimmt werden.

Dokument 3[58]

2.) Bericht vom 23. 1. 1959
Extrakt einer Unterredung am 22. Januar mit dem Kanzler im Palais Schaumburg.

Teilnehmer: Adenauer, von Eckardt, Globke, Rapp, Schröder, von Danwitz, Schulze-Vorberg, Grüssen, Nitzsche.

---

[57] Zu den westlichen Vorschlägen auf der Londoner Tagung des Subkomitees der UN-Abrüstungskommission (25. 2.–18. 5. 1955) vgl. Dokumentation zur Abrüstung und Sicherheit von 1943 bis 1959, zusammengestellt von Heinrich von Siegler, Bad Godesberg 1960, S. 87–91.

[58] PA Max Nitzsche, Akte Berichte nach Kanzleraussprachen, hs. Aufzeichnung.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Adenauer sah im Gegensatz zur vergangenen Woche bereits weit erholter aus und zeigte sich auch nach den vielen Stunden des Bundestages[59] in einer aufgeschlossenen und konzentrierten Form. Er meinte eingangs, vieles, was im Bundestag gesagt worden wäre, sei richtig. Nur sei es mit Rücksicht auf das Ausland nicht klug, dies öffentlich zu sagen. Als ein schlechtes Erbe unserer autoritären Vergangenheit bezeichnete er die Vorrangigkeit, mit der die Staatsanwälte im deutschen Rechtsleben zu Worte kommen. Er verband mit diesen Worten eine Schilderung des Falles Kilb[60] und meinte, im Gegensatz zu der Meinung Schäffers[61] sei es notwendig, so bald wie möglich an eine Reform der Strafprozeßordnung heranzugehen, die die Lage des Beschuldigten bessern muß.

Dann begab sich Adenauer auf das Feld der Außenpolitik. Er sagte, er hätte gerade in den letzten Tagen fast ohne Unterbrechung über die Probleme nachgedacht, die sich Deutschland vor einer Serie neuer Konferenzen stellen. Über kurz oder lang, so meinte er, werden wir an der Anerkennung der DDR nicht vorbeikommen. Unsre Verbündeten drängten in ziemlich massiver Weise darauf, daß wir selbst zu den sowjetischen Noten Gegenvorschläge machen sollten. Wir dürften uns keiner Täuschung hingeben, daß damit das Problem der Oder-Neiße-Linie in seiner vollen Tragweite auf uns zukomme. Als einer von uns ihm seine Erfahrung über die Gespräche mit Botschaftsangehörigen der Westmächte berichtete und dabei gewisse Anzeichen einer Aufweichung der bisherigen Haltung feststellen zu können glaubte, antwortete Adenauer schnell mit den Worten: „Das ist es, was ich befürchte!" Angesichts dieser Situation, so erklärte Adenauer, habe er sich zunächst einmal nicht ein Programm von Maximalforderungen, sondern einen umgekehrten Katalog aufgestellt unter dem Motto: Was muß erhalten bleiben, wenn wir lebensfähig bleiben wollen? 1. Nato, 2. europäische Integration, 3. es muß zu einer kontrollierten Abrüstung kommen. Der Kanzler ist sich sehr bewußt, wie sehr die Deutschlandfrage in manchen Aspekten zu einer Belastung insbesondere für die Amerikaner geworden ist. Darum müssen wir uns für unsere Verbündeten attraktiv erhalten.

Adenauer erinnerte sich an ein Gespräch, das er 1957 in Paris mit Dulles geführt hat[62]. Er hat dem US-Außenminister damals gesagt: „Ich weiß, daß auch die nächste und übernächste USA-Regierung sich an das Bündnis halten wird", doch sei [19]68 Nato mit 1jähriger Frist kündbar[63], und wenn das Bündnis dann nicht verlängert würde, müßte es verdorren und austrocknen. Nach dem Eindruck des Kanzlers hatte sich Dulles schon

---

[59] Am 22. 1. 1959 war im Deutschen Bundestag die Große Anfrage der SPD-Fraktion zu Fragen der Justizpolitik debattiert worden. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode 1957, Stenographische Berichte, Bd. 42, S. 3047–3123.

[60] Hans Kilb (1910–1984), 1951–1958 Persönlicher Referent des Kanzlers, 1958–1974 Direktor bei der Euratom-Kommission, gehörte zu den Beschuldigten aus dem Umfeld Adenauers, gegen die insbesondere von Teilen der Presse in Hamburg Verdacht wegen Korruption erhoben worden war. Obwohl Kilb zeitweise in Untersuchungshaft genommen wurde, hatte Adenauer nach Prüfung der Angelegenheit es abgelehnt, ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer, Epochenwechsel 1957–1963, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3, Stuttgart-Wiesbaden 1983, S. 204.

[61] Zur Haltung von Bundesjustizminister Fritz Schäffer vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode 1957, Bd. 42, S. 3056–3069, 3076 f., 3117 f.

[62] Vgl. zur Unterredung Adenauer-Dulles am 14. 12. 1957 vor Beginn der NATO-Ratssitzung (16.–19. 12. 1957) Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 337 ff.

[63] Artikel 13 Nordatlantik-Vertrag vom 4. 4. 1949.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

damit abgefunden, daß neben anderen kleineren Staaten (Israel, Schweiz, Schweden, von Frankreich nicht zu reden) auch die Bundesrepublik sich im Besitz von Atom-Sprengköpfen befinden könnte. Darauf der US-Außenminister: „Dann werden Sie sich ja unsere Erfahrungen zunutze machen können." Adenauer ist über diese Entwicklungsmöglichkeit ganz offen entsetzt.

Der Kanzler ließ sodann v. Eckardt über seine USA-Erkundungsreise Bericht erstatten. Das war der erste Bericht, den Eckardt auch dem Kanzler nach seiner Rückkehr gab. Eckardt zählte zunächst auf, mit welchen Persönlichkeiten er Kontakt aufgenommen habe, wie z.B.: den Senatoren Mansfield[64], Humphrey[65], sowie Murphy[66] und Truman. Weiter habe er an einem der traditionellen Frühstücke von Redaktion und Verlag der New York Times sowie Time & Life teilgenommen. Dabei habe er bei sehr vielen, hoch angesehenen Kommentatoren feststellen müssen, wie wenig sie in Wirklichkeit über die Berlin-Frage Bescheid wüßten. Besonderen Eindruck habe er von der Art und Weise gehabt, wie Truman noch über die Demokraten regiert. Er habe in seiner Zimmerflucht seines Washingtoner Hotels sofort die Partei-Bosse angerufen und ihnen den Besuch von Eckardts mehr befohlen als empfohlen. In Truman könne man auch jetzt noch einen beharrlichen Befürworter des Bündnisses mit Deutschland sehen. (Adenauer warf dazu ein: „Er regiert wie ein Fürst.") Bei allen sei ohne Zweifel, daß sie gewillt sind, Berlin zu halten. Aber nur wenige hätten klare Vorstellungen davon, auf welche Weise dies geschehen könnte.

Adenauer informierte Eckardt von seinem Beschluß, in nächster Zeit wirtschaftlich versierte Leute nach den USA zu schicken, um die öffentliche Meinung dort vor allem auf die Bedeutung des europäischen Wirtschaftspotentials in einem Wirtschaftskrieg mit der Sowjetunion hinzuweisen. Eckardt berichtete weiter, daß man ihm überall erklärte: „Ihr müßt Vorschläge machen. Ihr müßt flexibel werden." Man dürfe sich nicht verhehlen, daß immerhin die Gefahr besteht, daß wir im psychologischen Blickfeld mancher wirtschaftlicher und politischer Kreise als Hemmnis für einen Ausgleich mit Moskau angesehen werden. Doch jedesmal, wenn er, Eckardt, nun direkt zu den Tatsachen übergegangen wäre und erklärt habe, „Na schön, erklären wir uns mit dem Abzug der ausländischen Truppen einverstanden", habe jeder mit der Hand abgewinkt. „Disengagement? Nein, um Gottes willen, nein!" Eckardt meinte, daß es den Amerikanern wahrscheinlich schon genügen würde, wenn wir die Beziehungen mit den Satellitenstaaten aufnehmen würden.

Adenauer schien in diesem Punkt in seinen Überlegungen weiterzugehen und äußerte die Möglichkeit, daß wir die Anerkennung der DDR möglicherweise in Abrüstungsvorschlägen mitverpacken könnten. Das Wichtigste sei gegenwärtig eine Atempause. Wenn wir mit einem Überdenken unserer Beziehungen zu Pankow eine Erleichterung des menschlichen Loses der Bewohner erreichen könnten, wäre vielleicht schon vieles gewonnen, so schrecklich auch der andauernde Status quo auf uns lasten würde. Die Atempause würde uns im Westen Zeit geben, auf eine innere Entwicklung in Rußland zu warten, die dazu führen könnte, daß der Kreml für Abrüstungsvorschläge sich aufgeschlossener zeigt.

---

[64] Michael Joseph Mansfield (*1903), 1952–1976 Senator von Montana, Verfechter einer Reduzierung amerikanischer Truppen in Europa.

[65] Vgl. „Eckardt bei Humphrey", in: „Die Welt" vom 13.1.1959.

[66] Robert Murphy (1894–1978), 1954–1959 Unterstaatssekretär im State Department.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Eckardt meinte allerdings, daß die führenden Persönlichkeiten in den USA gegenwärtig wenig Hoffnung auf eine solche sowjetische Bereitschaft hätten.

Adenauer: „Nein, ich habe mir noch ein Stück Optimismus behalten." Kein Baum wüchse in den Himmel. Der Kanzler glaubt nicht, daß Sowjetrußland bereits eine so breite Basis von Fachleuten besitze, daß es die neuen Raketenwaffen in großer Serie herstellen könne.

Eckardt: „Im Pentagon gibt es Leute, die annehmen, daß die Sowjetunion bereits im nächsten Jahr über eine Anzahl von Fernraketen verfüge. Auf alle Fälle, so meinen diese Fachleute, würde der Kreml 1961 und 62 einen gewissen Sättigungsgrad der Raketenproduktion erreichen. In Wirklichkeit bedeuten die 8000 km, die die Mondrakete am Mond vorbeigeflogen sei[67], umgelegt auf die Entfernung Rußland-Amerika, lediglich eine Zielstreuung von 1,5 km.

Das Gespräch kam dann auf die Möglichkeit, den Sowjetrussen eine Garantie gegen einen deutschen Angriff zu geben. Wie Eckardt dazu berichtete, habe ihm Humphrey über seine Unterhaltung mit Chruschtschow[68] folgendes gesagt: Es gäbe nur zwei Länder, die vor Deutschland keine Angst zu haben brauchten. Das seien die USA und die Sowjetunion. Auch Adenauer stellt dazu fest, daß er keine Anzeichen dafür habe, daß die Sowjetunion wirklich Befürchtungen vor dem deutschen Militärpotential habe. Darum sei auch in der Frage der Oder-Neiße-Grenze dies mehr mit einem freiwilligen Gewaltverzicht zu erreichen.

Zur möglichen Anerkennung der Satellitenstaaten erinnerte sich Adenauer eines Gespräches mit Mikojan[69]. Mikojan: „Sie sollten Rumänien und Bulgarien anerkennen." Adenauer: „Und was ist mit Polen?" Mikojan: „Polen natürlich auch." Adenauer meinte, soweit sich feststellen lasse, habe Mikojan sich nie an Blutbädern beteiligt.

Zu den inneren Vorgängen in Rußland erinnerte sich Adenauer eines Gespräches mit Chruschtschow, das er anläßlich seines Besuches in Moskau geführt hat[70]. Chruschtschow zu Adenauer: „Wenn Sie wüßten, was die Chinesen alles von uns verlangen" (dabei öffnete er die Hand, wie wenn jemand um Almosen bittet), „wir müssen in der Rüstung mindestens so gut sein wie Amerika. Wir müssen unserem Volke mehr Güter geben und dann noch die chinesischen Forderungen. Helfen Sie uns doch dabei!"

Über unsere gegenwärtigen Beziehungen zu Frankreich drückte sich Adenauer sehr befriedigt aus. Am schlechtesten sei zur Zeit das Verhältnis mit England. Dabei müsse man bedenken, daß die Engländer voraussichtlich am 14. Mai zur Wahlurne gehen werden, an einem Termin also, an dem die Berlinfrage auf dem Teller steht. Zum Problem

---

[67] Am 2.1. 1959 war in der Sowjetunion die erste Rakete zum Mond gestartet worden, die in den folgenden Tagen am Erdtrabanten vorbeiflog. Vgl. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7483 ff.

[68] Während einer Europa-Reise war Humphrey am 1.12. 1958 in Moskau von Chruschtschow zu einem achtstündigen privaten Gespräch empfangen worden. Vgl. „Ein kalt berechnetes Manöver", in: „Die Welt" vom 3.12. 1958.

[69] Mikojan hielt sich vom 25.–29.4. 1958 zur Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Handels- und Konsularabkommens in Bonn auf. Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 380–395. Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 281–286.

[70] Zu Adenauers Moskau-Besuch (8.–14.9. 1955) zahlreiche Hinweise in den Teegesprächen 1955–1958, insbes. S. 5–30, 363 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

der Bewaffnung sagte er, Heusinger[71] habe ihm erklärt, mit 500000 Mann und moderner Bewaffnung könnten wir den Russen zunächst aufhalten.

Dokument 4[72]

Vertrauliche Information 23. 1. 59

Donnerstag [22. Januar] war wieder der gleiche Kreis wie in der Vorwoche bei Adenauer, aber ohne Brentano, dafür Eckardt. Adenauer machte körperlich einen erholten Eindruck, auch die Stimme ist wieder kräftiger. In meinen fünf Jahren in Bonn habe ich noch nie erlebt, daß Adenauer derartig Wert darauf legte, unsere Meinung und Kritik zu hören. Es gab keinen Vortrag von ihm, keinen Monolog, wie das früher bei den Tees im Bundeskanzleramt war, an den sich dann Fragen anschlossen. Dies war anderthalbstundenlang ungewöhnliche offene Diskussion, wobei ganz klar wurde, daß Adenauer sie suchte. Gegen Ende meinte er einmal, wir hätten gemeinsam laut gedacht, vielleicht wäre morgen schon wieder alles anders. Das war bestimmt genau so von ihm gemeint und ist als Ganzes, jedenfalls für mich, sehr aufschlußreich.

Eckardt hatte noch vor einem Jahr für ihn den Wert, ein Partner bei solchem lauten Denken zu sein. Das ist schon seit dem Frühjahr vorbei. Sehr deutlich wurde das übrigens bei dieser Gelegenheit von Adenauer uns gegenüber gemacht. Er betonte am Anfang, sie sind hier meine Gäste und nicht die von Herrn von Eckardt (der vor Jahren bei dann eingeschlafenen Kanzlertees der Einlader war). Sichtbares Unbehagen war Eckardt anzuspüren, als am Anfang Adenauer zu ihm sagte: „Dann kann uns ja Herr von Eckardt auch gleich von seinen Eindrücken und seinen Gesprächen in den USA berichten." Damit wurde deutlich, daß er ihn noch nicht zur mündlichen Berichterstattung empfangen hatte und es auch nicht für so wichtig hielt.

Ich muß einschränkend sagen, daß bei dieser 90minütigen Diskussion, bei der es hin und her ging und bei der sich keiner auch nur Stichworte notierte und wo, wie gesagt, laut gedacht wurde, es nicht sehr einfach ist, jetzt schriftlich einen Extrakt zu geben. Mein Gesamteindruck ist, daß Adenauer unter dem Druck der Amerikaner und Engländer weiß, daß seine bisherige Linie nicht einfach so weiter vertreten werden kann. Er sucht Meinungen und Anregungen außerhalb seiner bisherigen Umgebung. Eine eigene klare Vorstellung hat er noch nicht, was taktisch und inhaltlich zu geschehen hat. Es können aber bisherige Positionen – Hallstein-Doktrin, Verhältnis zur DDR, Beziehungen zu den Satelliten – von Adenauer aus realpolitischen Erwägungen viel schneller vielleicht über Bord geworfen werden, als manche ahnen, die diese Standpunkte dogmatisieren.

Halten Sie es nicht für einen Witz, wenn ich als Beweis dafür, wie ernst Adenauer die Lage ansieht, erwähne, daß er bei dieser Unterhaltung nicht einmal sein Lieblingswort verwandt hat, die Lage sei ernster, als sie es je gewesen sei. Er versuchte auch fast gar nicht propagandistisch-taktisch auf uns einzureden. Und noch eins, um zu zeigen, in welcher Art diskutiert wurde: Adenauer begann mit dem Hinweis, die Amerikaner und Engländer drückten auf ihn. Sie wollten Vorschläge haben. Er hat dann noch zwei, drei Sätze angefügt und dann gefragt, was sollen wir nun machen? Da ich an seiner Seite saß,

[71] Adolf Heusinger (1897–1982), 1957–1961 Generalinspekteur der Bundeswehr.

[72] PA Georg Schröder, Bonn, Akte Adenauer VI, ms. Durchschlag, ohne Adressat.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

habe ich einen Gedanken dann wieder aufgenommen, den ich vor einer Woche schon verfochten hatte, daß wir nämlich die Engländer und Amerikaner unmöglich auf zwei, drei Jahre hin gesehen weiter an der Stange halten können, wenn wir nicht mit solchen Vorschlägen kämen. Man solle doch einmal überlegen, ob der Westen, praktisch also Amerika und wir, uns nicht auf [den] Gaitskell-Plan[73], selbstverständlich aber mit uneingeschränkter Wiedervereinigung, als Vorschlag einigen sollten. Wir kämen dann aus der Defensive heraus, würden jahrelang damit offensiv sein können. Voraussichtlich würden die Russen das ablehnen, wenn nein, dann wäre es der Erfolg, wenn auch mit einem kalkulierten Risiko für uns und für den Westen. Ich bin überzeugt, daß Adenauer mich noch vor 14 Tagen, vielleicht vor acht Tagen angeblitzt hätte, daß dies ganz und gar törichtes Zeug sei. Nichts dergleichen geschah. Es wurde ernsthaft von ihm darauf eingegangen. Er lehnte es ab. Aber er muß mit dem Gedanken sich auch schon beschäftigt haben, was mich nicht wundert, da Tags zuvor beispielsweise ein CSU-Abgeordneter, Mitglied des Verteidigungsausschusses, mit derselben Überlegung zu mir kam.

Eckardt wies darauf hin, daß alle führenden Demokraten, einschließlich Truman und Humphrey, ihn zwar in Washington damit bombardiert hätten, wir müßten flexibler, fantasievoller und initiativreicher werden. Wenn er dann aber mit ihnen konkret die Möglichkeit unter vier Augen durchgesprochen hätte, hätte jeder erklärt, wir müßten natürlich in der Nato bleiben und die amerikanischen Truppen in Westdeutschland. Er habe ihnen dann immer nur antworten können, daß dann nur ein ganz kleiner Spielraum für Flexibilität bliebe. Er hätte sehr geringes Wissen um die Berliner Frage angetroffen. Alle seien wild entschlossen, hart in Berlin zu bleiben, aber verlangten von uns zu wissen, wie sie nun konkret diese Härte im Ernstfall demonstrieren sollen.

Adenauer betonte mehrfach, der Westen verlange von uns, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen und die Beziehungen zu den Satellitenstaaten aufzunehmen, um damit Polen und Tschechoslowakei die Furcht vor uns zu nehmen. Wir haben sehr ausführlich über die Fragen diskutiert Anerkennung der DDR (mindestens de facto-Anerkennung), Schluß mit der Hallstein-Doktrin, um mit solcher Haltung die Berliner Zange aufzubrechen. Könnte man dann etwas für Berlin herausholen? Etwas größere Freiheit für die Bewohner der Sowjetzone? Einen breiten Raum in den Überlegungen Adenauers spielte wieder seine Meinung, entscheidend sei, zur nuklearen Abrüstung zu kommen. Die Russen hätte auch ihre Sorgen. Ich will nicht verhehlen, daß ich hier eine Serie von skeptischen Einwände gemacht habe. Dabei fiel von Adenauer das Wort, er wisse natürlich, daß auch das deutsch-amerikanische Bündnis keine Ewigkeitssache sei. Um so wichtiger [sei es,] die europäische Gemeinschaft zu stärken, um eine Pause zu erreichen. Wir müß-

[73] Hugh Todd Gaitskell (1906–1963), 1955–1963 Vorsitzender der britischen Labour-Partei und Oppositionsführer, hatte in Reden im Unterhaus (19.12.1956 und 1.4.1957), an der Harvard Universität (11.1.1957) und an der FU Berlin (18.3.1957) seine Pläne einer militärisch neutralen Zone in Mitteleuropa erläutert, die das durch freie Wahlen wiedervereinigte Deutschland, Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfassen sollte. Die NATO sollte weiterhin bestehenbleiben, die Bundesrepublik gegebenenfalls die Oder-Neiße-Linie völkerrechtlich anerkennen. Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe/Bd.3, Erster Drittelband, bearb. von Ernst Deuerlein/Giesela Biewer/Hansjürgen Schierbaum, Bonn-Berlin 1967, S.505f., 539–542. Hugh Gaitskell, Disengagement: Why? How?, in: Foreign Affairs, Vol.36 (1956), S.539–556. Ders., The Challenge of Coexistence, London 1957. Ders., Neue Phase der Außenpolitik, in: Außenpolitik, Jg.8 (1957), S.21–32.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

ten die Freiheit der Bundesrepublik erhalten, bis einmal, wann weiß ich nicht, die Verhältnisse in Rußland sich ändern. Wenn man sich allerdings vorstelle, dieser starke, kommunistisch-aggressive Staat bleibe immer so, dann sei das ein schrecklicher Gedanke.

Dokument 5[74]

Bonn, 5.2. 1959

Streng vertraulich, nicht zur Verwendung!

Das heutige Informationsgespräch bei Adenauer in dem bekannten kleinen Kreis zeigte einen Bundeskanzler, der nicht mehr nach unserer Meinung fragte, seine eigene Meinungsbildung über die einzuschlagende Taktik und Strategie ist offenkundig abgeschlossen[75]. Dementsprechend bewegte er sich in der Diskussion erheblich vorsichtiger als bei den beiden letzten Malen. Er sprach jetzt taktisch auf uns ein und bestätigte nur indirekt das, was ich schon einige Stunden vorher über seine Absichten von einem seiner Parteifreunde wußte: Er wird Dulles[76], gerade weil er damit rechnet, daß die Amerikaner und Engländer Punkte des Entgegenkommens gegenüber den Russen suchen, den äußerst harten Mann präsentieren. Er wird Dulles erklären, daß die Amerikaner nicht wegen der Wiedervereinigung, also nicht wegen der Deutschen, sondern aus eigenem Interesse in Europa stehen, und daß ein russisches wirtschaftliches Übergewicht für Amerika lebensgefährlich sein wird. Adenauer gab sich zunächst völlig ablehnend zum Gedanken von Gegenvorschlägen. Als sein Ziel Nummer eins bezeichnete er es, die Amerikaner in Europa festzuhalten.

Am Anfang ließ er den eingeschlossenen Brief Macmillans[77] holen, um uns daraus vorzulesen. Macmillan erklärt darin, daß er bei seiner Reise[78] die inneren Beweggründe des sowjetischen Führungskreises ergründen wolle und daß er keine Verhandlungen führen werde[79]. Im übrigen will Macmillan nach seiner Moskaureise nach Bonn kommen[80]. Adenauer verlas uns dann aus dem zweiten Kroll-Telegramm Worte, die Mikojan zu

---

[74] PA Georg Schröder, Akte Adenauer VI, ms. Durchschlag, ohne Adressat.

[75] Einen Tag zuvor, am 4.2. 1959, hatte Globke seinen Plan an Heinrich Krone (Aufzeichnungen, S. 149) weitergegeben.

[76] Dulles besuchte vom 2.–8.2. 1959 London, Paris und Bonn. Zentrales Problem war die Ausarbeitung von Gegenvorschlägen des Westens in der Berlin- und Deutschlandfrage. Vgl. zum Besuch Drummond/Coblentz, Duell am Abgrund, S. 240–252. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7547 f.

[77] Macmillan hatte Adenauer in einem Schreiben vom 2.2. 1959, das vom britischen Botschafter in Bonn, Christopher Steel, am 3.2. 1959 übergeben wurde, über seine Reisepläne nach Moskau informiert. Wortlaut des Schreibens in: Macmillan, Riding the Storm, 1956–1959, S. 585 f., zu den von Steel nach London berichteten Reaktionen Adenauers S. 586 f. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 468–471.

[78] In Erwiderung des Chruschtschow-Besuches vom April 1956 in Großbritannien (vgl. Anm. 116) hatte Macmillan am 4.2. 1959 einen sieben- bis zehntägigen Besuch in Moskau angekündigt, der vom 21.2.–3.3. 1959 stattfand. Vgl. Macmillan, Riding the Storm, 1956–1959, S. 589 f., zum Besuch S. 591–634. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7544 f.

[79] Wörtlich schrieb Macmillan: „Hauptzweck meines Besuchs ist daher der Versuch, Einblick in die inneren Absichten der sowjetischen Führung zu gewinnen." Vgl. Macmillan, Riding the Storm, 1956–1959, S. 589 f.

[80] Macmillan hatte den Besuch in seinem Schreiben angekündigt. Vgl. ebenda, zum Besuch Anm. 118.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Kroll gesagt hatte, und zwar, daß er Herrn Adenauer schätze (ich will mich nicht auf das Wort festlegen, weil wir uns natürlich keine Notizen machten, aber es war in diesem Sinne). Mikojan hatte noch dicker aufgetragen als Chruschtschow in dem schon von mir Ihnen zur Information durchgegebenen Äußerungen gegenüber Kroll[81].

Adenauer benutzte dieses Informationsgespräch, um offensichtlich ganz planmäßig vor uns Eckardt fertig zu machen. Er begann das Gespräch damit, daß er mit dem ersten Satz Eckardt tadelte für das, was er gestern auf der Pressekonferenz gesagt habe[82]. Zu dem Zwecke verlas er eine DPA-Meldung mit Eckardts Äußerungen zur Macmillan-Reise nach Moskau, die aber den Gedanken Eckardts sehr vergröbert hatte. Herr Macmillan habe keineswegs den Auftrag von Bonn, im Namen des Westens in Moskau zu verhandeln etc., etc. Der Ton Adenauers gegenüber Eckardt machte die Musik. Ebenso bezeichnend war es, daß er am Ende unseres Gesprächs von sich aus sagte, wir müssen uns ja nun auch mal verständigen, wie unsere Informierung über den Dulles-Besuch erfolgen solle. Auf gewisse, etwas karnevalsmäßig beeinflußte Sätze Eckardts sagte dann Adenauer, er selber würde uns, vielleicht am Montag [9. Februar 1959] zur vertraulichen Informierung zur Verfügung stehen. Herr von Eckardt könne ja dann maskiert kommen[83].

Ich hatte Ihnen neulich schon geschrieben, wie sehr Eckardt von Adenauer beiseite gestellt ist. In der Zwischenzeit hat er sich bemüht, gewisse Verhandlungsvorschläge auszuarbeiten. Dabei hat er sie mit mehreren Männern erörtert, ehe er damit zu Adenauer kam. Das dürfte ihm die nach meinen Eindrücken sehr planmäßige Demütigung vor unserem Forum heute eingetragen haben.

Dokument 6[84]

3.) Bericht vom 12. Februar 1959
Bericht von zwei Zusammenkünften mit dem Bundeskanzler.
Die eine war am Donnerstag, dem 5. Februar, die 2. fand am Mittwoch, dem 11. Februar statt.

Zu dem 1. Gespräch:

Adenauer setzte sich zunächst mit der Reise Macmillans nach Moskau auseinander. Er ließ Globke aus dem Geheimschrank den Brief holen, den der britische Premier an ihn gerichtet hatte. In dem Brief teilte Macmillan mit, daß er „die inneren Absichten der

[81] Zum Gespräch Chruschtschow-Kroll am 2. 2. 1959, das auf sowjetische Initiative zustande kam, vgl. „Kroll zwei Stunden bei Chruschtschow", in: „Die Welt" vom 4. 2. 1959. Zu den Unterredungen Krolls mit dem sowjetischen Parteichef Anfang Januar 1959 vgl. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 399 f.

[82] Vor der Bundespressekonferenz hatte von Eckardt am 4. 2. 1959 erklärt, „daß für den Fall, daß Premierminister Macmillan die Einladung nach Moskau annimmt, man sowohl überzeugt ist, als es auch begrüßen wird, wenn Herr Macmillan die Gelegenheit wahrnimmt", die sowjetische Regierung über die „in Bezug auf Berlin völlig einmütige Auffassung des Westens nachdrücklich zu informieren". Wortlaut in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Pressearchiv F 30.

[83] An diesem Tag war Rosenmontag.

[84] PA Max Nitzsche, Akte Berichte nach Kanzleraussprachen, hs. Aufzeichnung.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Sowjetregierung erkunden" wolle. Der Kanzler betonte, keinesfalls dürfe die Reise so gedeutet werden, als trete Macmillan in Moskau als Sprecher des gesamten Westens auf und trage dort die Vorstellungen der freien Nationen zur Deutschlandfrage vor. Er ließ durchblicken, daß er von der Reise wenig erbaut ist, aber bei allen negativen Punkten, die man ihr geben müsse, bliebe doch für den Westen ein Positivum: In der Öffentlichkeit werde noch einmal klargemacht, daß der Westen durch Macmillan seine Freundschaftshand ausstreckt.

Dann befaßte sich Adenauer mit den Unterredungen, die Botschafter Kroll in Moskau mit Chruschtschow und Mikojan in den letzten Tagen geführt hat. In dem Bericht, den Kroll dem Bundeskanzler darüber angefertigt hat, schreibt er über die Hauptbegegnung mit Chruschtschow: Chruschtschow habe ihm erklärt, der Kanzler solle nicht alles, was in Moskau gesprochen werde, jetzt auf die Goldwaage legen. Die Sowjetunion spreche nun einmal nicht nur in der Innenpolitik, sondern auch nach draußen eine harte Sprache. Die Vorwürfe, die er (Chruschtschow) gelegentlich auch gegenüber Adenauer machte, änderten nichts an dem Respekt vor der Person und der Leistung des Bundeskanzlers. Offenbar hat Chruschtschow auch die Möglichkeit einer neuen Einladung Adenauers nach Moskau offengelassen. Er hat nämlich Kroll bei diesem Gespräch gesagt, er würde sich freuen, mit Adenauer noch einmal zusammentreffen zu können. In ähnlicher Weise hat sich Mikojan gegenüber Kroll geäußert. Die Tatsache, daß Chruschtschow seine vor dem Parteitag[85] so strapazierte Zeit noch für längere Unterredungen mit Kroll aufgewandt hat, deutet Adenauer so: Chruschtschow wolle vor der innerdeutschen Opposition den Eindruck erwecken, als wäre er doch ein ganz umgänglicher Mann.

Angesichts der bevorstehenden Konferenz mit Dulles sagte Adenauer, er wolle dem USA-Außenminister nochmals klarmachen, wie sehr auch die Zukunft Amerikas davon abhänge, daß das Wirtschaftspotential Europas für den Westen erhalten bleibt. Amerika stehe also hier auch für seine eigenen Interessen mit in Deutschland. In diesem Zusammenhang meinte er, es sei ein Fehler gewesen, daß die Parteien die Wiedervereinigungsfrage so künstlich hochgespielt hätten. Dadurch sei Deutschland mehr und mehr in der öffentlichen Meinung Amerikas und Englands zu einer Belastung geworden. Angesichts der strategischen Veränderungen sei es aber einfach nicht mehr zumutbar, außenpolitische Ziele der Bündnismächte an die Wiedervereinigungsfrage zu binden. Er halte nach wie vor eine Kontrolle der Abrüstung für möglich, während Disengagement ein Risiko sei, das er, Adenauer, nicht übernehmen könne und wolle.

Was die allgemeine Abrüstungskontrolle anbelangt, sagte er, seiner Meinung nach ließen sich die Träger der schweren Waffen wie Raketen-Abschußrampen und Bombenflugzeuge verhältnismäßig gut kontrollieren. Auch Fabriken könne man nicht so leicht verschwinden lassen. Dagegen sei es ohne größere Bedeutung, wenn Bomben und Zündköpfe irgendwo in Sibirien lagern würden. Adenauer meinte, er werde Dulles nochmal genau fragen, wie er den Begriff der Konföderation[86] auslege. Nach seiner Meinung

[85] Vom 21.1.–5.2. 1959 fand in Moskau der 21. Parteitag der KPdSU statt. Zu Verlauf und Ergebnis vgl. Boris Meissner, Rußland unter Chruschtschow, München 1960, S. 141–261. Jens Hacker, Der Ostblock. Entstehung, Entwicklung und Struktur 1939–1980, Baden-Baden 1983, S. 621–624.

[86] Zu den pro- und kontra-Argumenten einer Konföderation in den fünfziger und sechziger Jahren vgl. Theodor Schweisfurth, Die Deutsche Konföderation – der große nationale Kompromiß als tragendes Element einer neuen europäischen Friedensordnung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/87, 12.12. 1987, S. 19–36, insbes. S. 20–30.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

sucht Rußland auf diese Weise wesentliche Funktionen des westdeutschen Staates zu lähmen oder zu neutralisieren. Ein maßgeblicher Führer der SPD (war es Wehner?) habe ihm letztesmal in der Unterredung der Fraktionsvorsitzenden[87] erklärt, die Sowjetunion wolle mit „demokratischen Spielregeln" behandelt werden.

Zu dem Gespräch am gestrigen Mittwoch:

Adenauer ging zunächst auf die Krankheit von Dulles ein und war offensichtlich bemüht, seinen Worten einen optimistischen Unterton zu geben. Doch, wie ich zuvor von Krone erfahren hatte, hat der Kanzler gegenüber diesem die Erkrankung von Dulles weit skeptischer charakterisiert[88]. Zu uns meinte Adenauer, Dulles habe ihm vor seiner Abreise aus Bonn versichert, wenn er sich jetzt operieren lasse, solle er keine Angst haben. Er habe keinen Krebs[89]. Dulles hat Adenauer versichert, es werde auch im Krankenhaus alles in seiner Hand bleiben. Zu der Person von Staatssekretär Herter[90] stellte der Kanzler fest, er leide an Arthritis und mache gegenwärtig eine Kur mit. Zum Dulles-Gespräch selbst berichtete Adenauer, das Thema Konföderation sei nach kurzer Behandlungszeit als erledigt fallengelassen worden. Auch die Übertragung der russischen Hoheitsrechte an die Sowjetzonen-Behörden, mit der sich Dulles vor einiger Zeit so gut wie einverstanden erklärt hatte[91], sei einstweilen nicht mehr in Aussicht genommen worden. Dulles habe die Situation um Berlin außerordentlich ernst betrachtet. Er sei aber doch ziemlich beruhigt über die Haltung der Amerikaner in der Berlinfrage[92]. Dann wechselte das Thema auf die Innenpolitik über.

Es wurde von einem Journalisten festgestellt, daß Gerstenmaier stark kritische Äußerungen an der Außenpolitik der Bundesregierung geäußert habe[93]. Darauf Adenauer:

---

87 Zu diesem interfraktionellen Gespräch am 21.1. 1959 im Kanzleramt vgl. Erich Mende, Die neue Freiheit, 1945–1961, München-Berlin 1984, S. 419. „Gespräch bei Adenauer", in: „Die Welt" vom 22.1. 1959.

88 Heinrich Krone (Aufzeichnungen, S. 150) notierte am 7.2. 1959: „Der Kanzler berichtete noch am Abend über das Gespräch mit Dulles . . . Dulles sei schwer leidend; wir können, so meinte der Kanzler, nicht mehr lange mit ihm rechnen."

89 Am 10.2. 1959 war Dulles ins Walter-Reed-Hospital in Washington eingeliefert und drei Tage später operiert worden, wobei erneut eine Krebserkrankung festgestellt wurde. Zum Verlauf der Krankheitsgeschichte vgl. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7661 f.

90 Christian Archibald Herter (1895–1966), seit 1956 Unterstaatssekretär im State Department, nahm während der Krankheit Dulles' die Amtsgeschäfte wahr.

91 Gemeint war die „Agententheorie". Vgl. Anm. 14.

92 Dazu Krone, Aufzeichnungen, S. 150: „Dulles glaubt nicht an eine ‚Lösung' der Berlin-Frage; man müsse über augenblickliche Schwierigkeiten hinwegkommen. Über das, was dem Kanzler für Berlin vorschwebt und was an Vorschlägen von Globke und von Eckardt überlegt worden ist, wurde bisher nicht gesprochen."

93 Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier hatte am 11.2. 1959 im Bayerischen Rundfunk zum sowjetischen Friedensvertragsentwurf erklärt, man müsse „inhaltlich vieles einwenden; man kann ihn radikal ablehnen, aber es wäre närrisch, zu sagen, daß die Russen es ja gar nicht so meinten, daß sie uns damit nur erstmal einen Schreck einjagen wollten. Nein, dieser russische Friedensvorschlag hat mindestens den Wert, daß er uns einen in sich geschlossenen, systematischen Überblick gibt über die einstweilige russische Zielstellung hinsichtlich Deutschlands und Mitteleuropas . . . Sollten wir uns nicht lieber fragen, ob die deutsche Politik nicht überfordert ist, wenn von ihr verlangt wird, die programmatische Zielsetzung Moskaus zu ändern? Auch eine andere Politik als die des Bundeskanzlers würde das nicht zuwege bringen." Wortlaut der Ausführungen in: Bulletin, Nr. 29, 13.2.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

„Welchen Jerstenmaier meinen Sie, den vom Montag oder den vom Dienstag? Mal ganz milde ausgedrückt, Herr Gerstenmaier hat einen zu beweglichen Geist."

Auf die Präsidentenwahlen übergehend, ließ Adenauer Andeutungen fallen, daß die Spekulationen um Krone[94] vielleicht falsch sein könnten. Über seine eigene Kandidatur und die von Erhard hätte er gerade eine Stunde zuvor mit dem Wirtschaftsminister herzlich gelacht. Er meinte, erst im März würde sich die CDU über ihren Kandidaten einig werden. Er suche jemanden, der nicht nur mit der Politik verheiratet sei, sondern vor allem auch Verbindung zu den anderen Schichten der Geistlichkeit habe. Es sieht so aus, als wenn er nach einem evangelischen Mann Ausschau hält, der sich nicht einer allzu starken Position erfreut[95].

Zum Schluß kam Adenauer nochmal auf die Außenpolitik zurück. Er meinte, was wir brauchen könnten, sei eine möglichst lange Ost-West-Konferenz. Sie könnte von den Außenministern begonnen werden, um dann von den Botschaftern und Ministerialdirektoren in einer Serienkonferenz von Einzelbesprechungen fortgesetzt zu werden. Offenbar denkt er an eine selbständige Stellvertreterkonferenz mit beweglicher Themenauswahl.

Als ich den Kanzler fragte, warum wir nicht mehr auf unserer Ansicht bestehen (wie wir es auf der Pariser Außenministerkonferenz[96] taten), die allgemeine Abrüstung schon jetzt mit als Verhandlungspunkt bei den Beratungen über das Deutschlandproblem zu nennen, antwortet er: Er hätte sich von den Amerikanern überzeugen lassen, daß man nicht alles auf der gleichen Konferenz behandeln könne.

Dokument 7[97]

11. Februar 1959

Heute abend war wieder Tee beim Bundeskanzler. Hauptgegenstand der Unterhaltung war der Dulles-Besuch. Dr. Adenauer zeigte sich wegen der Erkrankung von Dulles nicht übermäßig beunruhigt. Vor allem betonte er, daß D[ulles] keinen Darmkrebs habe. D[ulles] habe ihm versichert, daß sein Verhältnis zum Präsidenten nie besser gewesen sei als augenblicklich. Auch im Krankenhaus werde D[ulles] die Vorbereitung der kommenden Konferenz-Phase in der Hand behalten. Es sei nicht einmal schlecht, daß D[ulles] im Krankenhaus Zeit finde, sich ganz auf die großen Probleme zu konzentrieren.

Kategorisch dementierte Dr. Adenauer heutige „Welt"-Meldung, daß er einer „verdünnten Zone" mit deutscher Wiedervereinigung zugestimmt habe[98]. Davon hätten er und D[ulles] überhaupt nicht gesprochen. Ebenso abwegig sei die Erwartung, daß jetzt – infolge des Krankenhausaufenthalts von D[ulles] – Macmillan die Führung der westli-

1959, S. 265 f., hier S. 266. Vgl. auch Eugen Gerstenmaier, Streit und Friede hat seine Zeit. Ein Lebensbericht, Frankfurt/Main-Berlin-Wien 1981, S. 438 ff.

94 Vgl. [Georg] Sch[röder], Adenauer will nicht für das Amt des Präsidenten kandidieren, in: „Die Welt" vom 11. 2. 1959.

95 Vgl. Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 227–277.

96 Vgl. Anm. 55.

97 ACDP, NL Ludwig von Danwitz I-330-013, ms. Durchschlag, ohne Adressat.

98 Vgl. Herbert von Borch, Präsident Eisenhower versichert: „Ost-West-Gespräch wird von Dulles' Krankheit nicht verzögert", in: „Die Welt" vom 11. 2. 1959.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

chen Politik in die Hand bekomme. Die Amerikaner dächten nicht daran, die Führung abzugeben. Sie seien fest und entschlossen, die Rechte in Berlin zu wahren.

Dr. Adenauer rechnet mit einer Konferenz-Phase. Er bat uns um vertrauliche Behandlung seines Wunsches nach einer langen Konferenz. Ich sagte aber schon einmal in einem Kommentar, daß die Ost-West-Konferenz von den Außenministern begonnen und abgeschlossen werden müsse, daß aber den Außenministern die Zeit fehle. Adenauer ist nach wie vor dieser Meinung. Obgleich er im allgemeinen das Wort „Flexibilität" nicht mehr hören mag, wendet er selbst es auf die Gestaltung dieser Konferenz an, die alle Spannungsprobleme erörtern solle. Aus seiner heutigen Bemerkung war zu entnehmen, daß man auf den sowjetischen Vorschlag, über Berlin und deutschen Friedensvertrag zu verhandeln, eingeht, das Abrüstungsproblem nicht schon im voraus nennt, aber im Verlauf der Konferenz auch darauf lossteuert. Sehr interessant war, daß Dr. Adenauer als eine Seite der deutschen Frage die „DDR" nannte.

Gromyko wurde von Adenauer als reiner Techniker bezeichnet. Ihn hält er für keinen Partner, mit dem man reden kann. Sehr viel mehr hält er von Sorin[99], den man in Bonn falsch behandelt habe. Das Gespräch kam auf Gerstenmaiers heutige Rede im Bayerischen Rundfunk. Dr. Adenauer meinte, daß G[erstenmaier] einen zu beweglichen Geist habe. Außerdem stellte er fest, daß das Amt des Bundestagspräsidenten ein überparteiliches Amt sei.

Aus dem, was Dr. Adenauer im Hinblick auf die Bundespräsidentenwahl sagte, war zu entnehmen, daß die Frage der Wiederwahl von Heuss nun doch erledigt ist[100], zumal der SPD-Parteitag morgen vermutlich Carlo Schmid nominiert[101]. Dr. Adenauer lobte Heuss außerordentlich. Allem Anschein nach sucht er nach einem Professor. Er betonte, daß er zunächst mit den Landesverbänden der CDU und CSU sprechen müsse. Es sieht nicht so aus, als wenn die Entscheidung schon vor Ostern [29. März 1959] käme.

Mit freundlichem Gruß!

---

[99] Valerian Alexandrowitsch Sorin (1902–1986), 1955–1956 sowjetischer Botschafter in Bonn, 1956–1961 Erster stellvertretender Außenminister der UdSSR.

[100] Zu den Diskussionen um eine Verlängerung der Amtszeit oder eine dritte Amtsperiode von Heuss, die beide eine Änderung des Grundgesetzes erfordert hätten, vgl. Wolfgang Wagner, Die Bundespräsidentenwahl 1959, Adenauer-Studien II, Mainz 1972, S. 4–7. Klaus Gotto, Adenauer, die CDU und die Wahl des Bundespräsidenten 1959, in: Konrad Adenauer – Ziele und Wege, hrsg. von der Konrad-Adenauer-Stiftung, Mainz 1972, S. 97–144, hier S. 97–102.

[101] Zur Nominierung am 12. 2. 1959 vgl. Carlo Schmid, Erinnerungen, Bern-München-Wien 1979, S. 667 f. Bewertung Adenauers in seinen Erinnerungen 1955–1959, S. 491. Theodor Heuss, Tagebuchbriefe 1955–1963. Eine Auswahl aus Briefen an Toni Stolper, hrsg. von Eberhard Pikart, Stuttgart 1970, S. 396. Wagner, Bundespräsidentenwahl 1959, S. 8 ff.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Dokument 8[102]

Bonn, 12.2.59

Zur vertraulichen Information

Am 11. [Februar] war wieder der übliche kleine Kreis bei Adenauer. Er wirkte körperlich und geistig munter und gelöst. Dies ist das sichtbare Ergebnis seiner Verhandlungen mit Dulles. Mit sanftem Hinweis darauf, daß man die Karten nicht auf den Tisch legen könnte, erzählte er uns auch nicht, was nun konkret als mögliche Gegenkonzeption ins Auge gefaßt worden ist. Borchs[103] Washingtoner Bericht in der WELT vom Mittwoch tischte er uns auf, um zu erklären, es sei ganz falsch, wenn da geschrieben stünde, als Zugeständnis an die Russen solle geprüft werden verdünnte Zone in Mitteleuropa in Verbindung mit der Wiedervereinigung. Dulles ist nicht auf die Agententheorie zurückgekommen. Hinsichtlich seiner Krankheit habe Dulles ihm bei dem Besuch gesagt, nach seiner Rückkehr müßten die Ärzte entscheiden, ob eine Bruchoperation vorgenommen würde. Sein Darmleiden sei kein Darmkrebs. Er werde auch vom Krankenbett aus das Ruder in der Hand behalten.

Adenauers Wunsch geht dahin, daß die Ost-West-Konferenz möglichst von den Außenministern eröffnet und geschlossen wird, daß sie sich aber nicht auf eine drei- oder siebentägige Außenministerkonferenz beschränkt, sondern dadurch, daß sie zu einer Konferenz der Stellvertreter der Außenminister wird, sich über lange Zeit hinzieht. Die taktischen Gründe dafür liegen auf der Hand. Sie nannte er aber nicht, sondern meinte, man sollte das vielleicht mal in der nächsten Woche schreiben. Wenn die vier Mächte überhaupt zu etwas kommen wollten, dann müßten sie die einzelnen Fragen ohne Zeitdruck und sehr genau erörtern. Hinsichtlich der Tagesordnung bestätigte er, daß er seinen ursprünglichen Standpunkt entsprechend den Wünschen von Dulles aufgegeben hat, wonach eine solche Konferenz Deutschland- und Abrüstungsfragen zur gleichen Zeit auf der Tagesordnung haben müßte. Man wird also, um überhaupt zur Konferenz zu kommen, den russischen Standpunkt akzeptieren, wonach jetzt über Berlin und Deutschlandfrage verhandelt wird. Später müßten die westlichen Diplomaten versuchen, auch das Thema Abrüstung in die Konferenz hineinzubringen. Unseren Hinweis auf die Adenauer noch nicht bekannte Rundfunkrede von Gerstenmaier quittierte er ironisch mit der Bemerkung: „Der Herr Gerstenmaier ist eben ein geistig sehr reger Mann."

Zur Frage der Bundespräsidentenwahl zeigte er sich sehr zurückhaltend. Von uns in die Zange genommen, kam dabei folgendes heraus: 1. nicht Erhard als Bundespräsidenten-Kandidat. „Herr Erhard war gerade bei mir. Wir haben beide sehr gelacht über die Meldung, daß er Bundespräsident werden soll." 2. Er stimmte der Meldung zu, daß es nicht gut sei, alle Wahlen auf das Jahr 1961 zusammenfallen zu lassen, also jetzt neue Wahl. 3. Wirklich interessant waren seine Äußerungen, ob denn der Präsident ein ausgesprochen im Vordergrund stehender Politiker sein müsse. Natürlich müsse er ein politisches Wissen haben. Wichtig sei aber auch, daß er Beziehungen zu anderen Kreisen, kulturellen und akademischen, habe. Dabei fiel ein rühmender Hinweis auf Heuss.

Ich hatte schon zwei Tage vorher von einem führenden CDU-Mann eine Andeutung erhalten, daß Adenauers Überlegungen sich in dieser Richtung jetzt bewegen. Gründe dafür sind: Er will einen evangelischen Bundespräsidenten. Die CDU hat aber aus ihren

[102] PA Georg Schröder, Akte Adenauer VI, ms. Durchschlag, ohne Adressat.

[103] Dr. Herbert von Borch (*1909), 1956–1965 Korrespondent der „Welt" in Washington. Zu dem erwähnten Artikel vgl. Anm. 98.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

Spitzenpolitikern niemand zu bieten, oder besser gesagt, die sie zu bieten hat, möchte sie wie Erhard oder Etzel nicht aus dem Kabinett verlieren.

Eckardt kriegte am Ende wieder eine Dusche in der Form, daß wir in seiner Gegenwart aufgefordert wurden, uns zu äußern, ob es nicht besser wäre, wenn er mal auf die Dörfer führe und die Chefredakteure an Ort und Stelle besuchte, oder ob man sie besser nach Bonn einlüde.

Aus einem Gespräch, das ich mit Krone hatte, einige Bemerkungen zu dem langsam wieder auf uns zukommenden Revirement im Auswärtigen Dienst. Ich habe bisher keine Meldungen darüber gegeben, 1. weil alles noch im unklaren ist, und 2. weil das Auswärtige Amt immer stinkböse ist, wenn entgegen dem international[en] Brauch vor dem Agrément Namen bekanntgegeben werden. Warum soll ich das AA ärgern und mir damit die Quellen für wichtigere Informationen verstopfen? Diesmal will Brentano nicht wieder den Krach mit der Fraktion heraufbeschwören. Er bespricht also die Dinge mit ihr. Die Entscheidung darüber, wer Botschafter bei der Nato werden soll, ist noch ganz offen. Der Vorschlag, Botschafter Pfeiffer[104] dorthin zu versetzen, stand zuletzt zur Debatte. Er wurde von Adenauer abgelehnt, weil Pfeiffer schon in einem Jahr pensionsreif wird und es sinnlos ist, auf einen so wichtigen Posten einen Mann nur für ein Jahr zu schicken. Adenauer hat am Dienstag zu Krone gesagt, er müsse sich die Sache mit dem Nato-Botschafter nochmal überlegen. Vielleicht wird es doch Dittmann. Aber dann muß man wieder einen Nachfolger für ihn in Bonn finden. Krolls Abberufung aus Moskau ist auch noch keineswegs spruchreif. Man will angesichts der jetzt laufenden Dinge keine Veränderung vornehmen.

Leicht wehmütig sagte mir Krone: „Über die vertraulichen Gespräche des Journalistenkreises mit Adenauer ist noch kein Wort an die Öffentlichkeit gedrungen. Wenn die vertraulichen interfraktionellen Gespräche bei Adenauer stattfinden, liest man am nächsten Tag in den Zeitungen, was dort vor sich gegangen ist. Die Abgeordneten können keine Vertraulichkeit wahren." Hoffentlich bleibt's dabei, denn ich könnte mir nicht nur Eckardt vorstellen, der daran interessiert wäre, daß unsere Gespräche bei Adenauer durch Indiskretion platzen.

Dokument 9[105]

Bonn, 20.2.59

Streng vertraulich, nicht zur Verwertung!
Aus dem Teegespräch mit Adenauer[106]:

Ein Gespräch Adenauer-Gerstenmaier-Heuss hat stattgefunden[107], in welcher Form man herunterkommen kann davon, daß die Präsidentenwahl in Berlin stattfindet[108]. Ade-

[104] Peter H. Pfeiffer (*1895), seit 1954 Inspekteur und Chef des Ausbildungswesens des Auswärtigen Amtes.

[105] PA Georg Schröder, Akte Adenauer VI, ms. Durchschlag, ohne Adressat.

[106] Der Kanzler-Tee hatte am 19.2.1959 stattgefunden.

[107] Der genaue Termin des Gesprächs war nicht zu ermitteln.

[108] Gerstenmaier hatte am 14.10.1958 dem Ältestenrat des Deutschen Bundestages seine Absicht mitgeteilt, die Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsidenten auf den 1.7.1959 nach West-Berlin einzuberufen. Die Fraktionen waren aufgefordert, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen. Vgl. Bulletin, Nr. 192, 16.10.1958, S. 1905. Zu den Diskussionen um die Nachfolge von Heuss bis

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

nauers Befürchtung wird von Heuss geteilt, daß in der jetzigen Krisensituation um Berlin die Russen auf die Wahl in Berlin hin mit irgendeiner Gegenmaßnahme antworten würden, die wir nicht abwehren können. Ferner befürchtet er, daß möglicherweise die Alliierten vorher zu ihm kommen, um einen Einspruch anzumelden und daß dies dann bekannt wird. Seine Gesamttendenz war: Wir dürfen nichts in Berlin tun, was die Russen als provokativ ansehen könnten oder was sie aus Prestigegründen zwingen könnte zu Gegenmaßnahmen. Es ist vereinbart, daß Heuss die Partei- oder Fraktionsvorsitzenden zu sich bittet, damit sie zu einer Verständigung in dieser Frage kommen. Heuss hat aber gebeten, daß dies nicht bekannt wird. Auch Gerstenmaier hat gebeten, daß zu der Frage geschwiegen wird. Die Überlegung geht dahin, ob man von sich aus den Verzicht auf die Sitzung der Bundesversammlung in Berlin in dem Augenblick bekanntgibt, in dem die Abhaltung einer Vierer-Konferenz beschlossene Sache ist. Dann könnte man den Verzicht damit begründen, daß man den Verlauf der Vierer-Konferenz nicht stören wolle etc. Das wäre dann auch der Zeitpunkt, wo die Berliner selbst den Verzicht nicht als Ausdruck der Furcht empfinden würden. Mit einer Sitzungswoche des Bundestags in Berlin ist nicht zu rechnen.

Adenauer bezeichnete es als ausgeschlossen, eine Zweidrittelmehrheit, also die SPD, für ein brauchbares Notstandsgesetz[109] zu gewinnen. Die Regierung wird deshalb dem Parlament keinen Gesetzentwurf zuleiten, weil eine Ablehnung außenpolitisch schädliche Wirkungen haben würde. Man ist im Augenblick dabei festzustellen, welche Teile aus dem Entwurf ausgegliedert werden können, weil sie entweder mit einfacher Mehrheit verabschiedet werden können oder auf dem Verordnungswege zu regeln sind, zum Beispiel Anlage einer Reserve von Medikamenten oder listenmäßige Erfassung von Autos, die bei Kriegsausbruch von der Wehrmacht [sic!] beschlagnahmt werden sollen. Auf den Hinweis, daß damit das Notstandsrecht der Alliierten bestehenbliebe[110] und im Kriegsfall alliierte Offiziere Stadtkommandanten würden, kam der Hinweis, diese könnten ja dann den deutschen Bürgermeistern die Rechte übertragen, also eine neue Agententheorie.

Zur Außenpolitik zeigte sich noch klarer als in der Vorwoche, daß Dulles mit keinem Wort Adenauer Vorschläge in Richtung Disengagement gemacht hat. Als wir darauf zu sprechen kamen, daß Senator Mansfield revoziert habe[111], meinte Adenauer: „Jetzt ver-

---

Anfang Februar 1959 vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 483–491. Gerstenmaier, Streit und Friede, S. 392 f. Gotto, Adenauer, die CDU und die Wahl des Bundespräsidenten, S. 98. Wagner, Bundespräsidentenwahl 1959, S. 5 ff. Schwarz, Die Ära Adenauer 1957–1963, S. 177 ff.

109 Der Bundesinnenminister hatte im Herbst 1958 einen Entwurf zur Ergänzung des Grundgesetzes für den Notstandsfall vorgelegt, der dann mit den Innenministern der Länder erörtert worden war. Vgl. Ernst Benda, Die Notstandsverfassung, 8.–10. veränderte Auflage, München 1968, S. 56 f. Wortlaut der Rede von Bundesinnenminister Schröder am 30. 10. 1958 in Stuttgart in: Bulletin, Nr. 203, 31. 10. 1958, S. 2017. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 506.

110 Art. 5 Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten (sog. Deutschland-Vertrag) in der Fassung vom 23. 10. 1954, hier Liste I der Änderungen zum Deutschland-Vertrag in der Fassung vom 26. 5. 1952. Wortlaut in: Bulletin, Nr. 202, 26. 10. 1954, S. 1784.

111 Vgl. dazu Wortlaut der Erklärung Mansfields im amerikanischen Senat am 12. 2. 1959 in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV/1, 2. Halbband (1. 2.–9. 5. 1959), bearb. von Ernst Deuerlein/Hannelore Nathan, Frankfurt/Main-Berlin 1971, S. 857–869.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

stehe ich, warum Dulles gelacht hat, als ich ihn auf Mansfield, Fulbright[112] usw. ansprach. Er hat mir gesagt, sie wären mit ihm im Grunde derselben Meinung, was NATO-Mitgliedschaft und Stationierung amerikanischer Truppen anbeträfe."

Auf eine Frage von mir, die auf die langfristige Entwicklung in Amerika abzielte, meinte Adenauer, er wisse, daß die Nato keine Ewigkeitssache sei. Er habe schon bei der Nato-Tagung im Dezember 1957 in Paris Eisenhower darauf angesprochen, was würde, wenn 1965 ein anderer Präsident in den USA sei und dann die Kündigungsmöglichkeit für die Nato bestünde. Sie hätten ihm beruhigende Zusicherungen gegeben. „Insofern ist auch für mich Nato kein Dogma. Aber das kann ich nicht öffentlich aussprechen. Dann wird man in Amerika denken, ich sei auf dem Wege, für uns einen Weg aus der Nato herauszusuchen."

Seine Sorge, daß Macmillan in Moskau in der Richtung eines Disengagements der Bundesrepublik verhandeln könnte, kam deutlich zum Ausdruck. Er beklagte sich darüber, daß Macmillan die Moskaureise beschlossen habe, ohne vorher mit den anderen Verbündeten darüber zu sprechen.

Dokument 10[113]

4. Bericht vom 11. März 1959

Am Dienstagabend [10. März] hatten wir wieder ein Gespräch mit dem Kanzler. Er erschien wieder in verhältnismäßig guter Verfassung, jedenfalls war ihm seine vorausgegangene Erkältung nicht mehr anzumerken. Das Thema des Ollenhauer-Chruschtschow-Gespräches[114] berührten wir nur am Rande. Adenauer meinte, die sog. Erkundungsfahrten zu dem Kreml-Gewaltigen[115] seien im Augenblick deswegen so gefährlich, weil dadurch Chruschtschow eine noch größere Selbstsicherheit erhält, als wie er sie ohnehin schon zeigt. Zuvor habe er noch eine Aussprache mit Botschafter Kroll gehabt. Dieser habe ihm bestätigt, daß es auch Krolls Hauptsorge sei, daß Chruschtschow sich über die Stärke-Verhältnisse im Westen ein schiefes Bild mache, zumal er sich in diesen Gebieten (abgesehen von der kurzen England-Reise[116]) kaum aufgehalten

[112] James William Fulbright (geb. 1905), 1959–1974 Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses des Senats.

[113] PA Max Nitzsche, Akte Berichte nach Kanzleraussprachen, hs. Aufzeichnung.

[114] Auf Einladung Chruschtschows war der SPD-Vorsitzende, Erich Ollenhauer, am 9.3. 1959 zu einer zweistündigen Unterredung in die sowjetische Botschaft nach Ost-Berlin gekommen. Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV/1, 2. Halbband, S. 1100 f., 1132–1142, 1153 ff. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7602. Kurt Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Berlin-Bonn 1982, S. 487.

[115] Außer Ollenhauer waren auch Erler und Schmid vom 11.–17.3. 1959 von Chruschtschow nach Moskau eingeladen worden. Vgl. Schmid, Erinnerungen, S. 647–656. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV/1, 2. Halbband, S. 1187 f., 1196–1202. Kroll, Lebenserinnerungen, S. 430 ff. Krone, Aufzeichnungen, S. 152. Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, S. 487.

[116] Chruschtschow und Bulganin hatten vom 18.–27.4. 1956 Großbritannien besucht. Vgl. Anthony Eden, Memoiren 1945–1957, Köln-Berlin 1960, S. 406–420. Chruschtschow erinnert sich, hrsg. von Strobe Talbot, Hamburg 1971, S. 404–416. Zur Einschätzung des Besuchs durch Adenauer vgl. Adenauer, Erinnerungen 1953–1955, 3. Auflage, Stuttgart 1980, S. 532 f., Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 128 ff., Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 80 f.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

hat. Der Kanzler betonte, wie aus den Berichten der deutschen Botschaften zu ersehen sei, habe sich Berlins Bürgermeister Brandt auf seiner Reise[117] viele Freunde gewonnen. Er habe daher die Absicht, als Bundeskanzler dem Bürgermeister seinen Dank für diese politische Leistung auszusprechen.

Der Hauptteil des Gesprächs war dann dem bevorstehenden Besuch Macmillans[118] gewidmet. Nach den Informationen der deutschen Botschaft in Paris zu schließen, ist Macmillan deutlich auf die Grenzen gestoßen[119], die auch Adenauer nach seinem Treffen mit de Gaulle[120] angedeutet hat. Sie liegen bei dem freiwilligen Disengagement des Westens. Darum glaubte der Kanzler sagen zu können, daß Macmillan bereits „stark abgekühlt" nach Bonn komme. Die Folgewirkung aller Disengagement-Pläne sieht Adenauer darin, daß letzten Endes damit eine militärische und auch allgemeine wirtschaftliche Kontrolle der Bundesrepublik gegeben sei. In jedem militärischen Disengagement liege, so meinte er, sinngemäß ein Stück politischer Kontrolle durch die ehemaligen Siegermächte. Offenbar befürchtet Adenauer in der Tat, daß Macmillan, von einflußreichen Wirtschaftskräften angetrieben, auf dem Wege des Disengagements auch eine wirtschaftliche Kontrolle zugunsten einer freien Entwicklung der britischen Wirtschaft anstreben könnte. „Solange ich auf diesem Platz sitze, wird die Bundesrepublik keinen Diktat-Frieden annehmen", meinte er mit Nachdruck. Adenauers Mißtrauen gegen die englischen Absichten ist ziemlich stark und unverhüllt. Er geht in der Tat so weit, daß Pressechef von Eckardt es für richtig hielt, ihm ein Memorandum von vier Schreibmaschinenseiten zu überreichen[121], in denen er dem Kanzler eine weit mildere Version der britischen Pläne nahezubringen sucht und zugleich darauf hinweist, wie sich grundsätzlich eine britisch-deutsche Entfremdung auf das Bündnis-Verhältnis auswirken müßte. Letzten Endes ständen Britannien und Amerika als angelsächsische Einheit zusammen, wie sie es in der Geschichte immer bewiesen hätten.

Nur scheint nun trotz seines Mißtrauens auch der Kanzler die Dinge nicht auf die Spitze treiben zu wollen. Er scheint viel darauf zu setzen, daß de Gaulle ihm manche Mühe bereits abgenommen haben könnte. Er berichtete, daß de Gaulle Macmillan seit

---

[117] Brandt unternahm vom 7.2.–5.3. 1959 eine Amerika- und Ostasien-Reise. Vgl. Willy Brandt, Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975, Hamburg 1976, S. 83 ff., 210, 212 f. „Brandt fordert Initiative des Westens, Berliner Bürgermeister berichtet über seine Weltreise", in: „Die Welt" vom 8. 3. 1959.

[118] Der britische Premierminister traf am 12./13. 3. 1959 mit Adenauer in Bonn zusammen. Vgl. Macmillan, Riding the Storm, 1956–1959, S. 562. Grewe, Rückblenden, S. 389 f. Krone, Aufzeichnungen, S. 151 f. Wortlaut der Erklärungen zu dem Treffen in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV/1, 2. Halbband, S. 1168–1173. Gotto, Adenauers Deutschland- und Ostpolitik, S. 46, 55.

[119] Macmillan hatte am 9./10. 3. 1959 in Paris mit de Gaulle konferiert und dabei über seine Moskau-Reise berichtet. Vgl. Macmillan, Riding the Storm, 1956–1959, S. 636 ff. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7599.

[120] Am 4./5. 3. 1959 hatte Adenauer Paris besucht. Über den Verlauf seiner Gespräche mit de Gaulle in Marly wurde offiziell nichts bekanntgegeben. Vgl. „Das Treffen von Marly ohne Schlußkommuniqué", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 6. 3. 1959. Dazu auch Krone, Aufzeichnungen, S. 151. François Seydoux, Beiderseits des Rheins. Erinnerungen eines französischen Diplomaten, Frankfurt/Main 1975, S. 230 f.

[121] Faksimile des Schreibens von Eckardts an Adenauer vom 9. 3. 1959 sowie Adenauers Antwortschreiben, datiert vom 13. 3. 1959, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

den Kriegstagen sehr schätze und darum das persönliche Verhältnis zwischen den beiden dazu beitragen könnte, das britische Vorprellen abzuschließen. Adenauer hat vor, Macmillan einen genauen Bericht der Truppenstärken westlich und östlich des Eisernen Vorhangs in Europa zu übergeben. Die erste Konsequenz eines Disengagements müßte danach sein, daß östlich des Eisernen Vorhangs eine starke Reduzierung vor allem der konventionellen Truppen vorgenommen werden müßte, bis man an weitere Schritte des militärischen Auseinanderrückens wirklich denken könne. Adenauer glaubte, eine Festigung der amerikanischen Haltung in der Berlin-Frage feststellen zu können. Sie wüßten jetzt, daß ihre Sache in Berlin gespielt würde. Sie seien gegenwärtig geneigt, in Berlin mehr einen eigenen Rechtsstandpunkt zu verteidigen, als darin eine Bündnisfrage mit den Alliierten zu sehen.

Dokument 11[122]

11.3.59

Zur vertraulichen Information

Adenauer in dem üblichen Kreis zeigte sich als ein Gemisch von gelassener Entschlossenheit und tiefgehender Sorge. Gelassene Entschlossenheit in der Richtung, daß er glaubt, mit Franzosen und Amerikanern auf der gleichen Linie zu liegen. Tiefe Sorge nicht nur wegen der sowjetischen Aktivität, sondern wegen der immer bei ihm tief drinnen sitzenden Befürchtung, daß sich eines Tages die Weltkriegs-Koalition auf Kosten Deutschlands wieder zusammenfindet. Adenauer spricht jetzt mit uns längst nicht mehr so offen wie vor sechs, acht Wochen. Aber auch aus der vorsichtiger gewordenen Sprache bricht manchmal etwas heraus, was ihn wirklich bewegt, so zum Beispiel: „Ich hab' das noch nie öffentlich gesagt. Aber Herrn Macmillan werde ich sagen, solange ich hier sitze, wird es keine deutsche Unterschrift unter einen Diktatfrieden geben. Ein[en] Diktatfrieden nehme ich nicht hin."

Sein Mißtrauen gegenüber der englischen Politik wegen des Disengagements ist unverändert. Es wird nach meinen Eindrücken nicht von allen im Auswärtigen Amt geteilt. Auch Eckardt sagte mir hinterher, daß er es für übertrieben hält, daß sich wohl bei dem Besuch zeigen werde, daß Macmillan gar nicht so weit gehen wolle, wie man ihm unterstellt habe, daß er vor allem wohl in Moskau die Haltung eingenommen habe, an Berlin und der rechtlichen Position der Westmächte dort sei nicht zu rütteln, militärisches Disengagement müsse daher von Chruschtschow politisch auf anderem Gebiet bezahlt werden. Aber Eckardts politischer Einfluß bei Adenauer ist an einem Tiefpunkt. Adenauer fährt fort, dies alle Welt wissen zu lassen. Man hat mir glaubwürdig erzählt, daß bei Adenauers Rückfahrt von Paris in seinem Sonderzug ihn jemand fragte, warum denn Eckardt nicht in Paris gewesen sei. Darauf sagte er: „Die Herren Hange[123] (DPA)

[122] PA Georg Schröder, Akte Adenauer VI, ms. Durchschlag, ohne Adressat.

[123] Franz Hange (*1921), 1949–1965 Chefkorrespondent der Deutschen Presseagentur in Bonn.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

und Schröder waren doch nach Paris gekommen. Die haben genau berichtet[124], was zu berichten war. Herr von Eckardt war gar nicht nötig."

Um auf unser Gespräch mit Adenauer zurückzukommen: Er zeigte nochmals seine Befriedigung über Person und Haltung de Gaulles, ohne daß dort inhaltlich sich etwas Neues ergab. Zufriedene Ironie über das Gespräch Ollenhauer-Chruschtschow. „Herr Mende hat ja vergeblich auf eine Einladung Chruschtschows gewartet, sonst wäre er ja wohl auch hingegangen."[125] Lobworte für Brandt. „Was glauben Sie, was wir für Mühe gehabt haben, die Industriellen davon abzuhalten, zu Chruschtschow zu laufen." Brandt sei nicht offiziell zu Chruschtschow eingeladen worden, sondern mehr oder minder inoffiziell aufgefordert [worden][126]. „Wenn er als Bürgermeister offiziell eingeladen worden wäre, dann wäre es wohl für ihn schwer gewesen, abzulehnen."

Dokument 12[127]

12.6. 59
(FS Nr. 209)

Zur Information
Herrn Chefredakteur Dr. Brühl WDR, Köln
" " " " " Dr. Starke NDR, Hamburg

In einem einstündigen Gespräch mit sechs Bonner Korrespondenten erläuterte Dr. Adenauer heute nachmittag noch einmal, weshalb er seine Kandidatur zur Bundespräsidentenwahl zurückgezogen hat. Er führte u. a. aus:

Als er die Kandidatur Anfang April annahm, glaubte er, das Bundeskanzleramt auf jüngere Schultern legen zu können. Auf Grund einer Botschaft von Dulles[128] (es handelt sich nicht um den gestern im Bundestag zitierten Brief[129]) rechnete er damit, daß Dulles die USA auf der Genfer Konferenz vertreten würde.

Hier bemerkte Dr. Adenauer, daß es nach Ansicht seiner Ärzte falsch gewesen sei, Dulles zu operieren. Dulles hätte „konservativ" behandelt werden müssen und auch nicht bestrahlt werden dürfen. Bei alten Leuten schreitet der Krebs normalerweise langsam fort. Der plötzliche Zusammenbruch ist nicht zu erwarten gewesen.

In Cadenabbia hat Dr. Adenauer dann den „Pressekrieg" um Erhard und Etzel

---

124 Vgl. Georg Schröder, Adenauer und de Gaulle: Sowjets unverändert hartnäckig, Geheimkonferenz in der Nähe von Paris, in: „Die Welt" vom 5.3.1959. Ders., Achse Bonn-Paris gekräftigt, Das Treffen in Marly-le-Roi, Gegen Disengagement, Wird Macmillan umgestimmt?, in: „Die Welt" vom 6.3. 1959. Das Ergebnis von Marly-le-Roi, Adenauer und de Gaulle: In der Sache hart, aber zu Verhandlungen bereit, dpa-Bericht, Paris, 5.3. 1959, in: „Hamburger Echo" vom 5.3. 1959.

125 Vgl. „Mende gegen Einzelreisen nach Moskau", in: „Frankfurter Allgemeine" vom 16.3. 1959.

126 Brandt, der ebenfalls von Chruschtschow zu einem Gespräch am 10.3. 1959 in Ost-Berlin eingeladen worden war, hatte am Abend zuvor abgesagt. Vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV/1, 2. Halbband, S. 1132–1142. Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 111. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7602 f.

127 ACDP, NL Ludwig von Danwitz I-330-013, ms. Durchschlag.

128 Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 499 f.

129 Den Wortlaut des Schreibens von Dulles an Adenauer vom 8.4.1959 hatte der Bundeskanzler am 11.6. 1959 vor dem Bundestag vorgelesen. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode 1957, Bd. 43, S. 4015.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

erlebt[130]. Dabei hatte er mit seiner Fraktion vereinbart, daß über die Wahl des Bundeskanzlers erst nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten gesprochen werden sollte[131]. Dr. Adenauer gab zu, daß er bei seiner Kandidatur geblieben wäre, wenn Etzels Wahl zum Bundeskanzler unumstritten gewesen wäre.

Dr. Adenauer hält es aber für sehr problematisch, wenn ein amtierender Bundeskanzler zum Bundespräsidenten gewählt wird. Er meint, daß der gewählte Bundespräsident eigentlich nicht mehr Bundeskanzler sein kann. Das bedeutet aber, daß die gesamte Regierung in der Luft hängt.

Der Tod von Foster Dulles hat die ganze Lage verändert. Herter ist „sicherlich ein guter Mann". Aber Dulles war der intimste Freund Präsident Eisenhowers, mit dem er absolut übereinstimmte. Außerdem hatte er die große Konferenzerfahrung, die sich Herter noch aneignen muß. Herters Vorteil ist, daß ihn sowohl die Republikaner als auch die Demokraten akzeptieren.

Dr. Adenauer verweist auf den Einfluß, den er bei den Westmächten ausüben kann. Dieser Einfluß ist nach dem Tod von Foster Dulles nur noch wichtiger geworden. (Es scheint tatsächlich so zu sein, daß Dr. Adenauer bei der Beisetzung von Dulles[132] zu der Überzeugung gekommen ist, daß er seinen Entschluß revidieren müsse.)

Dr. Adenauer betont, daß er die Annahme der Kandidatur gegenüber dem Wahlmänner-Gremium der CDU/CSU erklärt hatte. Das ist das Gremium, das allein von ihm die Rechtfertigung seines Widerrufs verlangen kann. Es tritt Montag [15. Juni], 10 Uhr, im Bundeskanzleramt zusammen.

Das Auslandsecho hat Dr. Adenauer offensichtlich besorgt gemacht. Er macht aber darauf aufmerksam, daß sowohl in Großbritannien als auch in den USA schon vorher eine Stimmungsmache in Gang gewesen ist, die Deutschen wären noch immer keine Demokraten. Andererseits entnimmt er aus der Rigaer Rede Chruschtschows[133], daß die Änderung seines Entschlusses richtig gewesen ist.

Dr. Adenauer macht in dem Gespräch zunächst einen sehr frischen und gelösten Eindruck, später wirkte er doch etwas abgespannt und weniger konzentriert. Er rechnet ⟨doch⟩[134] damit, daß auf der Genfer Außenministerkonferenz etwas herauskommt, aber nicht vor dem 1. Juli. Er ist absolut nicht dafür, daß die Wahl des Bundespräsidenten in Berlin stattfindet[135], glaubt aber, daß eine Empfehlung der Bundesregierung dem Bun-

---

130 Vgl. zu den Diskussionen um die Nachfolge Adenauers als Bundeskanzler (sog. „Erbfolgestreit") Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 515 ff. Koerfer, Kampf ums Kanzleramt, S. 278–366. Wagner, Bundespräsidentenwahl 1959, S. 38–53, insbes. S. 50 ff.

131 Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 509 f.

132 Adenauer war dazu vom 26.–30. 5. 1959 nach Washington gereist. Vgl. Adenauer, Erinnerungen 1955–1959, S. 539 f. Archiv der Gegenwart, Jg. 29 (1959), S. 7748, 7755.

133 In der Rede am 11. 6. 1959 in Riga hatte Chruschtschow Adenauer vorgeworfen, er verhindere eine Annäherung der Standpunkte in Genf, erhitze die Atmosphäre in Westdeutschland, verfahre rücksichtslos mit der CDU und den Oppositionsparteien und schüre weiter den Kalten Krieg. „Doch wie er sich auch aufführen mag, er hat ausgespielt", weil Adenauer für „die bankrotte ‚Politik der Stärke'" keine Unterstützung mehr habe. Wortlaut (Auszug) in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV/2, 1. Halbband (9. 5.–20. 6. 1959), bearb. von Ernst Deuerlein/Werner John, Frankfurt/Main 1971, S. 562 ff., hier S. 562 f. Ehlert, Große Grusinische Nr. 17, S. 252.

134 In der Vorlage handschriftlich gestrichen.

135 Zu den Diskussionen um die Einberufung der Bundesversammlung zur Wahl des Bundespräsi-

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de
Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

©Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte

destagspräsidenten seine Entscheidung nur erschweren würde. Die Westmächte raten von Berlin ab, wollen aber die Bundesrepublik nicht unter Druck setzen. Es ist anzunehmen, daß sie Willy Brandt ihre Ansicht dargelegt haben[136].

Es gibt offenbar Informationen, daß die Sowjets, wenn die Bundesversammlung in Berlin zusammentritt, in irgendeiner Form Unruhe schaffen.

Über den neuen Kandidaten der CDU/CSU für die Bundespräsidentenwahl machte Dr. Adenauer keine Andeutung.

Mit freundlichem Gruß!
Danwitz

denten für den 1.7. 1959 nach West-Berlin vgl. Baring, Sehr verehrter Herr Bundeskanzler!, S. 255–260.

[136] Die drei westlichen Außenminister, mit denen von Brentano und Brandt am 12.6. 1959 in Genf zusammengetroffen waren, hatten – wie von Brentano am gleichen Tag an Gerstenmaier schrieb – zu erkennen gegeben, „daß sie sich nicht für befugt halten, Bedenken zu äußern, aber noch weniger eine Unbedenklichkeitserklärung abzugeben". Von Brentano berichtete weiter, „daß die drei Außenminister die Bedenken teilen, die ich selbst habe und die das Kabinett nahezu einmütig geäußert hat. Der Hinweis auf die deutsche Zuständigkeit bedeutet daher nicht mehr und nicht weniger als den Hinweis auf die deutsche Verantwortung." Wortlaut der Schreiben an Gerstenmaier und Adenauer, beide vom 12.6. 1959, ebenda, S. 256–259.

Jahrgang 36 (1988), Heft 4
Inhaltsverzeichnis: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv.html
URL: http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1988_4.pdf
VfZ-Recherche: http://vfz.ifz-muenchen.de

Institut für Zeitgeschichte München-Berlin
Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte